

Arbeitsmappe Gewerkschaften und Krieg

**von den Arbeitsgruppen Ausstellung
des Vorbereitungskreis 1. Mai 2024**

**Erste Fassung
hergestellt für den 1. Mai 2024**

^

**Arbeitskreis Aktiv gegen rechts
in ver.di München**



Nach dem ver.di Bundeskongress hat der ver.di-Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München zusammen mit den Initiatoren von SAGT NEIN – Gewerkschafter:innen gegen Militarismus, Krieg und Burgfrieden - eingeladen zu Arbeitstreffen für die Vorbereitung des 1. Mai 2024 sowie weiterer Aktivitäten.

Dort wurde u.a. beschlossen, Arbeitsgruppen zur Erstellung einer Ausstellung GEWERKSCHAFTEN UND KRIEG zu erstellen.

Start ist wie geplant am 1. Mai 2024 auf dem Familienfest des DGB.

Anschließend soll sie auch weiter bei gewerkschaftlichen Treffen eingesetzt werden.

Die Arbeitsmaterialien wurden von den jeweiligen Arbeitsgruppen zu den Zeitabschnitten erstellt.

Für die Texte sind sie jeweils selbst verantwortlich.

Wer die Ausstellung einsetzen möchte, worüber wir uns sehr freuen würden, kann sich an uns wenden.

Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München

Hedwig Krimmer

email: ak-gegen-rechts.m@verdi.de

EIN PLATZ AN DER SONNE

Der 1. Weltkrieg 1914 – 1918

Im Herbst 1897 fasste von Bülow, Staatssekretär für Äußeres, eine Reichstagsdebatte zur deutschen Kolonialpolitik folgendermaßen zusammen:
 „Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Unternehmen wie Siemens, Krupp, Thyssen, Mannesmann, BASF, wie auch die Banken waren in den letzten Jahrzehnten schnell groß geworden. Sie verlangten nach weiteren Absatzgebieten und Einflusszonen, gierten nach den Rohstoffquellen in zu erobernden Kolonien, aber auch in Frankreich oder Russland und gerieten dabei zunehmend in Konflikt mit ihren Konkurrenten der anderen Großmächte. So endete das Verlangen nach einem Platz an der Sonne schließlich im 1. Weltkrieg.



Wie verhielten sich die Gewerkschaften?

Die Führung/SPD

Im Namen der SPD-Reichstagsabgeordneten, darunter auch sehr viele Gewerkschaftsführer, erklärte der Abgeordnete Haase am 4. August im Reichstag:
 „Jetzt stehen wir vor der ehrenen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. [...] Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren ... **Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.**“

Die Minderheit:

Am 2. Dezember 1914 stimmte der SPD-Abgeordnete Karl Liebknecht als einziger im gesamten Reichstag gegen weitere Kriegskredite und erklärte dazu:
 „Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes [...] Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. ... Unter Protest gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt

... gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.“

Die Minderheit wurde zur Mehrheit: Das Ende des 1. Weltkrieges wurde eingeläutet durch die Revolution der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917. Ermutigt durch dieses Beispiel nahm der Widerstand gegen den Krieg auch in Deutschland zu, erhoben sich schließlich die Matrosen in Kiel, die Novemberrevolution begann und beendete den Krieg.



Und die Führungen der Gewerkschaftsverbände beschlossen:
"Die §§ 15 und 16 des Statuts sind während des Krieges außer Kraft gesetzt. Gemaßregelten- und Streikunterstützung ist also von heute ab nicht mehr auszuzahlen."
 (Die Gewerkschaft, Nr. 32 vom 7. August 1914)

Alle Streiks wurden abgebrochen, die Streikkassen für die Kriegsfürsorge verwendet.

Erster Weltkrieg: Ein Platz an der Sonne

Beitrag von Gretl Danner auf dem 3. Vorbereitungstreffen am 22.3.2024

In einer Reichstagsdebatte zur deutschen Kolonialpolitik 1897 (6.12.) fasste Fürst von Bülow, Staatssekretär für Äußeres (1900 bis 1909 war er dann [Reichskanzler](#)) zusammen:

„Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“ Dieses Verlangen führte 1 1/2 Jahrzehnte später zum Ersten Weltkrieg.

Hintergrund:

Die deutschen Bürger hatten ihre Revolution 1848 nicht zu Ende geführt, sondern aus Furcht vor den mit ihnen kämpfenden Arbeitern und unteren Schichten sich mit den Feudalen und Junkern verbündet. Der Adel wurde nicht entmachtet, das Reich blieb zersplittert in Fürsten- und Kurfürstentümer, freie Reichsstädte usw. mit ihren jeweiligen Zöllen, Währungen, Gewichtsmaßen (300 Länder, 50 souveräne Städte, 1500 reichsritterliche, also unabhängige Territorien). Dies behinderte die aufkommende Kapitalistenklasse in ihrer Entwicklung.

Die Reichseinigung wurde dann durch den Junker Bismarck, schärfster Gegner der bürgerlichen Revolution und reaktionär bis in die Knochen, von oben und durch Krieg mit Frankreich hergestellt (1870/71), was die Herrschaften in Frankreich und Deutschland nicht daran hinderte, sich gegen die sich erhebenden Arbeiter in Paris, die Kommunisten, zu verbünden und die Pariser Kommune gemeinsam niederzuschlagen.

Nach der Reichseinigung setzte eine schnelle kapitalistische Entwicklung ein, Deutschland überholte teilweise in seiner wirtschaftlichen Entwicklung die alten Großmächte. Das eigene Reich wurde schnell viel zu klein für den Absatz der Waren, für das durch die Ausbeutung der Arbeiter erzielte Kapital, das wieder profitträchtig angelegt werden musste. Zudem gierte man nach Rohstoffen. Die Kapitalisten expandierten in alle Richtungen, das Deutsche Reich eroberte, was noch zu haben war, also Kolonien in Afrika und Asien und stieß dabei zunehmend in die Einflusszonen der Konkurrenz, also der anderen Großmächte, die, in ihrer Entwicklung früher dran, bereits große Teile der Erde unter sich aufgeteilt hatten. Die Konzerne und Banken – Krupp, Thyssen, Siemens, Deutsche Bank, die Badische Anilin- und Sodafabrik usw. – drängten nach einer Neuaufteilung der Welt.

Einschub: Damals (1889) wurde als Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik auch Rheinmetall gegründet, die bis zum Beginn des 1. WK einer der größten Rüstungsproduzenten im Deutschen Kaiserreich geworden ist.

Der Kampf um die Neuaufteilung der Erde begann, die Widersprüche zwischen den Großmächten England, Frankreich, dem russischen Zarenreich und dem Deutschen Reich spitzten sich dadurch immer weiter zu.

Beispiele:

-Der Bau der Bagdad-Bahn:

Er begann Ende des 19. Jahrhunderts. Finanziert wurde er von der Deutschen Bank, die mit den aus der türkischen Bevölkerung herausgepressten Steuern, die zur Rückzahlung der Kredite mit Zins und Zinseszins gebraucht wurden, zu einer der führenden Banken der Welt aufstieg. Thyssen lieferte die Schienen, Maffei und Borsig die Lokomotiven, Bilfinger und Berger bauten die Bahnhöfe. Rüstungsprojekte für die deutsche Rüstungsindustrie wurden vereinbart, deutsche Militärberater in die Türkei geschickt. So machte sich das Deutsche Reich die Türkei abhängig und auf den Weg, seinen Einfluss weiter bis zum Persischen Golf auszudehnen. Es drang dabei in die Einflusszonen von England und Russland ein und machte sich so beide zu Feinden.

-Der Kampf um das Erz in Marokko:

Es folgten die Marokko-Krisen 1906 und 1911. Vor allem auf Geheiß der Gebrüder Mannesmann, Hüttenbesitzer und Röhrenhersteller, die nach den Erzvorkommen Marokkos schielten, versuchte das Deutsche Reich, Marokko unter seinen Einfluss zu zwingen. Doch auch Marokko war kein weißer Fleck mehr auf der Landkarte, sondern stand unter französischer Vorherrschaft. Der Konflikt mit Frankreich wurde so weit getrieben, dass deutsche Kriegsschiffe ins Mittelmeer entsandt wurden. Das Deutsche Reich setzte zum „Panthersprung“ an, wie es damals, auf den Namen eines der Kriegsschiffe anspielend, hieß. (Einschub: Heute will Rheinmetall, durchaus traditionsbewusst, in der Ukraine einen neuen Kampfpanzer namens Panther bauen, ein gleichnamiger Panzer war im 2. Weltkrieg tausendfach in der Ost- und Westfront eingesetzt). Doch die kaiserliche Kriegsflotte musste sich zurückziehen, nachdem die englische und russische Regierung der französischen unmissverständlich ihren Beistand gegen den Eindringling zusagte. Die Widersprüche zwischen den Mächten verschärften sich. England, Frankreich und Russland verbündeten sich zur Entente. Das Deutsche Reich schloss sich mit dem vom Zerfall bedrohten Österreich-Ungarn und Italien zum Dreibund zusammen. Überall wurde fieberhaft aufgerüstet.

Einschub: Schon 1897 drohte Paul Rohrbach, einer der führenden außenpolitischen Publizisten seiner Zeit, in seinem Artikel „Durch die Ukraine“, Russland: „Wenn der Tag kommt, wo Russland das Schicksal herausfordert, dann, ja dann könnte Russland zertrümmert werden. Wer Kiew hat, kann Russland zwingen!“

-Aufrüstung der Flotte:

Mit einer enormen Aufrüstung der Kriegsmarine seit Anfang des 19. Jh. wurde v.a. England der Kampf angesagt.

Begleitet wurde diese auf Krieg hinauslaufende Politik durch eine wahnwitzige Aufrüstung, einer Flut von Schriften über Expansionsziele und einer permanenten Hetze gegen die anderen Großmächte. Schuld waren selbstverständlich die anderen, die dem Deutschen Reich den Platz an der Sonne auf ihre eigenen Kosten nicht einfach zugestehen wollten. Sie waren die Angreifer, gegen die man sich „verteidigen“ musste. So wurde z.B. stets vor der „russischen Gefahr“ gewarnt

z.B.: Alldeutsche Blätter 1912: „Niemals war die Stimmung in Russland leidenschaftlicher deutschfeindlich wie jetzt; niemals ist mit mehr Eifer der Krieg nach Westen vorbereitet worden ... Es ist kein Geheimnis, dass die neue Ostseeflotte im Einverständnis mit England gegen uns gebaut wird; es wird im Heere offen davon gesprochen, dass man im Bund mit England, Frankreich und Italien des Sieges über Deutschland-Österreich sicher sei und man kann bestimmt behaupten, dass Einverständnis der vier Mächte darüber besteht, über uns bei erster Gelegenheit herzufallen ...“ (zit. nach Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 2 S. 189f)

oder ein Artikel aus der Kölnischen Zeitung vom 24.2.1914

„Vor zwei Jahren scheute man sich noch, jetzt spricht man es offen aus, sogar in amtlichen militärischen Zeitschriften, dass Russland zum Kriege gegen Deutschland rüste ... Dieses Gebaren der amtlichen russischen Politik sollte aber endlich einmal die Legende von der geschichtlichen deutsch-russischen Freundschaft zerstören“ (Dokumente zur deutschen Geschichte 1910-1914, Frankfurt am Main 1977, S. 126)

Begonnen aber haben diesen Krieg nicht andere, sondern das vom Deutschen Reich gedrängte Österreich-Ungarn, Serbien den Krieg zu erklären (28. Juli 1914). Es geschah, was geschehen musste: Der russische Zar rief die Mobilisierung aus, am 1.8. erklärte Deutschland Russland den Krieg, am 3.8. dann Frankreich, Einmarsch dt. Truppen im neutralen Belgien, Ultimatum von England, die Truppen zurückzuziehen, Eintritt Englands in den Krieg. Das große Völkerschlagen begann im Interesse der winzigen Klasse von zu spät groß und mächtig gewordenen Kapitalisten, die einen Platz an der Sonne wollten.

Folgende Kriegsziele gab der Reichskanzlers Bethmann Hollweg einen Monat später vor:

„Das allgemeine Ziel des Krieges: Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu entstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die

nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.“ („Kriegsziel-Richtlinien Bethmann Hollwegs z.Hdn. des Staatssekretärs Clemens v. Delbrück“ in: Europastrategien des deutschen Kapitals, Hg. Reinhard Opitz, S.216).

Einschub: Pistorius beklagte auf der Sicherheitskonferenz in München, im Ukraine-Krieg zeige sich – aus Berliner Sicht – „die Strategie des Kremls, seine Dominanz in Ost- und Mitteleuropa wieder zu errichten“. Daher müsse man die Ukraine weiterhin um jeden Preis unterstützen. (german-foreign-policy.com „Die Dominanz in Ost- und Mitteleuropa“ 19.2.24)

Und weiter heißt es in den Kriegsziel-Richtlinien: „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“ (Kriegszielrichtlinien ... ebd. S.217)

Am gleichen Tag erhielt der Reichskanzler ein Schreiben von August Thyssen, in dem er das Don-Gebiet mit Odessa, die Krim, die Gebiete am Asowschen Meer und den Kaukasus, wegen des dort vorhandenen Rohstoffpotentials für Deutschland forderte.

Die SPD und die Gewerkschaften:

Auf den Kongressen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910), Basel (1912) hatte die Vereinigung der Sozialisten der ganzen Welt, die 2. Internationale, als Grundsatz zur Frage des Kriegs festgehalten:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ (Außerordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912, Berlin 1912, S. 23 –27) Vor allem auf die deutsche Sozialdemokratie setzten die Arbeiter und alle fortschrittlichen Kräfte in Europa große Hoffnungen in diesen kriegsschwangeren, zugespitzten Zeiten, war sie doch die stärkste und angesehenste Arbeiterpartei in der II. Internationale. Die SPD hatte 1912 über einer Million Mitglieder, über 4 Millionen (bei 12 Mill) hatten sie gewählt, sie stellte die größte Fraktion im Reichstag. Gegen diese Partei, wäre sie in ihrer Gesamtheit ihren revolutionären Zielen noch treu geblieben, hätte die Kapitalistenklasse und ihr Staat den Krieg kaum führen, schon gar nicht längere Zeit durchhalten können.

Doch in der SPD, wie auch in den eng mit ihr verbundenen Gewerkschaften hatten sich seit dem Ende des letzten Jahrhunderts zunehmend opportunistische Kräfte breit gemacht, die sich in der bürgerlichen Gesellschaft einrichten wollten. Ihre Antikriegspolitik war nur mehr ein Lippenbekenntnis. Und so wurden zwar noch kurz vor Kriegsbeginn Hunderttausende Arbeiter gegen den Krieg auf die Straße gerufen, forderten die Arbeiter in zig Versammlungen von ihren Führern in Partei und Gewerkschaften, den Kampf gegen den Krieg zu organisieren, doch gleichzeitig verhandelten die opportunistischen Führer in den Hinterzimmern mit Regierungsstellen des kaiserlichen Staatsapparates. Sie erfuhren von den Mobilisierungsplänen der deutschen Regierung und gaben sich dafür her, die Proteste zu dämpfen und die Lüge zu verbreiten, das zaristische Russland sei der Hauptkriegstreiber, es gelte, gegen diesen einen Verteidigungskrieg zu führen.

Die linken Kräfte um Karl Liebknechte, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin ... versuchten alles, um die SPD-Fraktion dazu zu drängen, sich weiterhin gegen den Kriegskurs der Regierung zu stellen, gegen die Kriegskredite zu stimmen, doch sie konnten sich nicht durchsetzen.

Und so erklärte am 4. August der damalige Parteivorsitzende der SPD, Hugo Haase, im Namen seiner Fraktion vor dem Reichstag: „[...] Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. [...] Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. [...] Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.“ (Dokumente zur deutschen Geschichte, 1914-1917, S. 30)

Gewerkschaften:

Am 2., 5., und 17.8.1914 beschlossen die Vertreter der einzelnen Gewerkschaftsverbände auf ihren Konferenzen, sofort alle Streiks abubrechen, die Streikkassen für die Kriegsfürsorge auszugeben und die Mitglieder zur Erntehilfe auf den Junkergütern zu mobilisieren.

Karl Liebknecht stimmte damals aus Fraktionsdisziplin noch mit, doch nicht mehr bei der nächsten Abstimmung über Kriegskredite am 2.12.. Als einziger des gesamten deutschen Reichstages stimmte er dagegen und erklärte:

„Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisierung und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole ‚Gegen den Zarismus‘ diene – ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole ‚Gegen den Militarismus‘ – dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhass zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, dass der Zweck, für den sie die Kräfte fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist. ...

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend finden kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.“ (Dokumente ... S. 65/66)

Die Antikriegsgegner, die revolutionären Kräfte innerhalb der SPD waren durch den ungeheuerlichen Verrat der Mehrheit ihrer Organisation beraubt. Doch sie ließen sich nicht entmutigen, sammelten sich und benutzten dazu auch diese Erklärung Karl Liebknechts, die sie als Flugblatt verbreiteten. Ein weiterer Ausdruck dieses Kampfes war das Flugblatt von K. Liebknecht im Mai 1915, das folgendermaßen endet:

„ ... Aber kein Zuspät kennt entschlossener Kampfeswille! Abgewirtschaftet hat die unsinnige Parole des „Durchhaltens“, die nur immer tiefer in den Mahlstrom der Völkerzerfleischung führt. Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfleischung heißt das sozialistische Gebot der Stunde.

Der Hauptfeind jedes Volkes steht in seinem eigenen Land! Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland; der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Land gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.

Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk – nichts gemein haben wir ... mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk. Alles für das internationale Proletariat, um des deutschen Proletariats, um der getretenen Menschheit willen!

Die Feinde der Arbeiterklasse rechnen auf die Vergeßlichkeit der Massen – sorgt, dass sie sich gründlich verrechnen! Sie spekulieren auf die Langmut der Massen – wir aber erheben den stürmischen Ruf:

Wie lange noch sollen die Glücksspieler des Imperialismus die Geduld des Volkes mißbrauchen? Genug und übergenuß der Metzerei! Nieder mit den Kriegshetzern diesseits und jenseits der Grenze! Ein Ende dem Völkermord!

Proletarier aller Länder folgt dem heroischen Beispiel eurer italienischen Brüder! Vereinigt euch zum internationalen Klassenkampf gegen die Verschwörungen der Geheimdiplomatie, gegen den Imperialismus, gegen den Krieg, für einen Frieden im sozialistischen Geist. Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ (Dokumente ... S. 75)

Das Ende des 1. Weltkrieges wurde eingeläutet durch die Revolution der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917. Ermutigt durch dieses Beispiel nahm der Widerstand gegen den Krieg auch in Deutschland zu, erhoben sich schließlich die Matrosen in Kiel, die Novemberrevolution begann.

DEUTSCHLAND ÜBER ALLES



Das sind die Städte, wo wir unser Heil
Den Weltzerstörer einst entgegenrührten.
Und unsere Städte sind auch nur ein Teil,
Von all den Städten, welche wir zerstörten.

Aus:
Bertolt Brecht,
Kriegslibel, 1955

Faschismus und 2. Weltkrieg

Seit dem Ende des 1. Weltkrieges und dem Vertrag von Versailles strebten Reaktion und Monopolherren danach, die Ergebnisse zu revidieren.

Die in dem tobenden Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution entstandene faschistische Bewegung wurde nicht zerschlagen und konnte so, auch unmittelbar unterstützt von einigen Ruhrbaronen (Krupp, Röchling...) vor allem während der Wirtschaftskrise Ende der 20er Jahre zu einer ernst zu nehmenden Macht erstarken. Ihr Versprechen: Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Revidierung des Versailler Vertrages und damit Krieg. Am 4. Januar 1933 trafen sich führende Köpfe der Wirtschaft mit Hitler und dem Zentrumspolitiker Papen. In einer eidesstattlichen Erklärung vor der amerikanischen Untersuchungsbehörde führte der Bankier Kurt von Schröder dazu aus: „Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen ...“ Am 30.1.1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt.

Wie verhielten sich die Gewerkschaften?

Die Führung

Am 30. Januar 1933 ruft die Führung des ADGB, AfA und weitere Gewerkschaften ihre Mitglieder dazu auf, sich zurückzuhalten. So heißt es in dem gemeinsamen Aufruf:

„An die Mitglieder der Gewerkschaften! Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. [...] Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfall wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Lasst euch nicht zu voreiligen und dadurch schädlichen Einzelaktionen verleiten.“

Zuvor lehnte die Führung der Gewerkschaften und der SPD einen gemeinsamen Kampf mit der KPD kategorisch ab.

Der Widerstand

Am 30. Januar 1933 ruft die KPD alle Arbeiter zum Widerstand auf:

„Ihr SPD-Arbeiter und Klassengenossen in den Gewerkschaftsverbänden, ihr unteren Organisationen der SPD und des ADGB, in den Betrieben, in den Verbänden, in den Arbeitervierteln, in den Stadtteilen und Ortsverwaltungen! Wir sind bereit, Schulter an Schulter im engsten Klassenbündnis mit euch Allen den drohenden Schlag des Faschismus durch den kühnen Gegenschlag mit der Waffe des Massenstreiks zu beantworten.“



Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Verantwortlich für die Schlichtung:
Lotte Erlinger.

Berlin, den 13. April 1933
Nr. 19

Für die Gewerkschaftspressen als Manuskript zu kostenlosem Abdruck

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des 1. Mai habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewusstsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgelüste unermüdet zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai erglühete stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichen Kulturwillen besessenen deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitstreiben zu entreißen und ihn als freie, selbstbewusste Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai auch den gesetzlichen Achtundstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir begreifen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volkstages erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die Pioniere des Maidagons. Denkt immer daran und seid stolz darauf.

In herzlichster Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 15. April 1933.

Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 9. März 1933
überfielen SA-Horden das Münchner Gewerkschaftshaus – der Auftakt zur Zerschlagung der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Am 15. April 1933 rief der ADGB die Arbeiter auf, sich an den faschistischen 1. Mai-Aufmärschen zu beteiligen.

Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften verboten und restlos zerschlagen. Auch führende Gewerkschafter wurden verfolgt und ermordet.

EIN HOCH AUF MÖSSINGEN!

Heraus zum Massenstreik! Unter dieser Losung zogen am 31. Januar 1933 achthundert Arbeiter und Arbeiterinnen durch Mössingen; sie folgten dem Aufruf der KPD zum Generalstreik. So früh wie in Mössingen regte sich nirgendwo im Land der Protest gegen die Nazidiktatur. Schon beim Kapp-Putsch 1920 hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter erfolgreich mit einem Generalstreik die Republik gerettet. Wäre dieses Mittel 1933 überall von einer einheitlich handelnden Arbeiterbewegung eingesetzt worden, so wie in Mössingen, hätte die deutsche Geschichte einen anderen Verlauf genommen. Der Welt wäre wahrscheinlich viel erspart geblieben.

**Allgemeiner Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**

Berlin, den 13. April 1933
Nr. 19

Verantwortlich für die Schriftleitung:
Lothar Erdmann.

Für die Gewerkschaftspresse als Manuskript zu kostenlosem Abdruck

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des **1. Mai** habt ihr alljährlich euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des **1. Mai** erglühte stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen besetzten deutschen Arbeiter, den werktätigen Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt ihr im Zeichen des 1. Mai auch den gesetzlichen Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert.

Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum **gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit**, zum deutschen **Volksfeiertag** erklärt hat.

An diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung **der deutsche Arbeiter** im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein **vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft** werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte **Solidarität mit der Arbeiterschaft** bekunden.

Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land! Ihr seid die **Pioniere** des Malgedankens. **Denkt immer daran und seid stolz darauf.**

In herzlicher Kameradschaft mit euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Berlin, 15. April 1933.

**Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

GENERALSTREIK

gegen die faschistische Terrorherrschaft!

**Hitler Reichskanzler, Papen Vizekanzler, Hugenberg
Wirtschaftsdiktator, die Frick und Goebbels an der
Spitze der Polizei, Stahlhelmmann Selle Arbeitsminister**

Dies neue Kabinett der offenen faschistischen Diktatur ist die brutale und widerhölliche Kriegserklärung an die deutsche Arbeiterklasse, an das wehrfähige Volk. Die Betrugsmandate des „sozialen Generals“ sind zu Ende. Die Zustimmung der Kräfte, der machtvolle revolutionäre Aufbruch der Massen bringt die Bourgeoisie das noch die Gesichts ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu entrollen. An die Stelle der „sozialen“ Phrasen treten die Phrasen der Reichstische und die Revolver der mee-

henden SS- und SA-Regimenten. Schamloser Lohnraub und schrankenloser Terror der bekannten Blutpest zerrücken die letzten bürgerlichen Rechte der Arbeiterklasse. Gemütsloser Sturz auf dem imperialistischen Krieg. Das alles steht unmittelbar bevor. Die Partei der deutschen Arbeiterklasse, die Partei der Streiks gegen Lohnraub, der Verteidigung der Interessen aller Werktätigen, des Kampfes für die Freiheit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus.

Die KPD will man verbieten:

*Die Kampforganisation der proletarischen Jugend, der KJVD,
die Massenorganisation die den Kampf gegen Lohnraub und Un-
ternehmerwillkür führt, die RSO, soll verboten werden.*

Diese faschistische Anklage sollen den Sturz auf die volle Beschäftigung aller Arbeiter-Organisationen einleiten.

Das blutige verbarbarische Terror-Regime des Faschismus wird in Deutschland aufgerichtet. Massen, acht nicht zu, daß die Todessünde des deutschen Volkes, die Todeslabe der Arbeiter und armen Bauern, der Werktätigen in Stadt und Land ihre Verbrechen durchzuführen. Seht euch zur Wehr gegen die Kämpfe und den Terror der faschistischen Konterrevolution, der widrigt euch gegen die soziale Reaktion der faschistischen Diktatur.

Heraus auf die Straße! Legt die Betriebe still!

Katzenjammer sofort auf den Reichs- und der faschistischen Blut-
hande mit dem Streik!

mit dem Massenstreik!

mit dem Generalstreik!

Arbeiter und Arbeiterinnen, Jugendarbeiter, nehmt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften, in allen Arbeiterorganisationen auf allen Streikposten sofort Stellung: Für den Generalstreik — gegen die faschistische Diktatur!

Führt gemeinsam mit euren kommunistischen Genossen in allen Betrieben und Arbeiterwohnvierteln MassenDemonstrationen, den Streik, den Massenstreik, den Generalstreik durch!

Seht den Kommunisten die überaus Wertvollen, armen Bauern auf dem Lande, den Mittelhand, die Einzelkämpfer in den Städten zur Unterstützung des Kampfes für die Arbeiterklasse zu mobilisieren.



Es lebe die proletarische Einheitsfront gegen die faschistische Hitler-Diktatur!

Es lebe mit den Hitler, Papen, Hugenberg!

Es lebe der Generalstreik!

Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse!

Es lebe der Kampf für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Beschließt die Arbeitniederlegung!

Beschließt MassenDemonstrationen!

Wählt Einheitskomitees und Streikleitungen!

Organisiert den Kampf!

Die kommunistische Partei Deutschlands wendet sich von der gesamten proletarischen Öffentlichkeit mit dem Ruf auf gleich

an den NSDAP

an den KPD-Bund

an die SPD

und die christlichen Gewerkschaften

mit der Aufforderung, gemeinsam mit den Kommunisten den Generalstreik gegen die faschistische Diktatur der Hitler-Hugenberg-Papen, gegen die Verjährung der Arbeiterorganisationen, für die Freiheit der Arbeiterklasse durchzuführen.

Die KPD appelliert an die Millionen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbanner-Arbeiter in Stadt und Land wie an die unorganisierten Arbeitermassen:

Schert euch um die bedrückte kommunistische Partei, um den NSDAP und die NSD!

Erkennt, daß der Schlag gegen das revolutionäre Proletariat ein Schlag gegen die ganze deutsche Arbeiterklasse ist.

Berlin, den 20. Januar 1933

Verantwortlich: Schürer — Druck: Krima & Co., Berlin

**Kommunistische Partei
Deutschlands**

Heraus zum Massenstreik

Wie kam es zum Streik in Mössingen am 31.01.1933?

Unmittelbar nachdem der letzte Reichspräsident der Weimarer Republik, Paul von Hindenburg, den „Führer“ der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler ernannt hatte, wurde von der württembergischen Bezirksleitung der KPD in Stuttgart ein Flugblatt verbreitet, das zum Massenstreik gegen Hitler und die bevorstehende NS-Diktatur aufrief. Verantwortlich hatte der Reichstagsabgeordnete Albert Buchmann gezeichnet.^[1] Die Hoffnung bei dem im ganzen Reich von der KPD ergangenen Streikaufruf war, damit die Herrschaft des Nationalsozialismus noch abwenden zu können – nach dem Vorbild des Generalstreiks gegen den rechtsextremen Kapp-Putsch im Jahr 1920, der die Infrastruktur ganz Deutschlands lahmgelegt und so die noch junge pluralistische Demokratie von Weimar gerettet hatte.

Ablauf des Streiks

Bereits am Abend des 30. Januar 1933 versammelten sich über 200 Angehörige mehrerer Mössinger Arbeitervereine in der örtlichen Langgass-Turnhalle. Diese Versammlung war vom Vorsitzenden der etwa zwanzig Parteimitglieder umfassenden Mössinger KPD-Ortsgruppe, dem Maler Martin Maier, einberufen worden, nachdem er durch einen Kurier aus dem 20 km nordöstlich von Mössingen gelegenen Reutlingen, bis heute größte Stadt in der näheren Umgebung und damals Sitz eines württembergischen Oberamts, vom Streikaufruf erfahren hatte.

Die Anwesenden beschlossen die Reaktivierung einer im Vorjahr gebildeten antifaschistischen Aktionsgruppe und riefen zu einem Folgetreffen am nächsten Tag, bei dem über weitere Maßnahmen beraten werden sollte. Den Abschluss dieser vorbereitenden Versammlung bildete eine abendliche Demonstration der antifaschistischen Aktion durch die Gemeinde, bei der Parolen wie „Hitler bedeutet Krieg!“ skandiert wurden.

Am Vormittag des 31. Januar holte Martin Maier den Unterbezirkschef der KPD, Fritz Wandel, aus Reutlingen zur politischen Unterstützung nach Mössingen. Bei ihrer Ankunft trafen die beiden auf etwa 100 Antifaschisten, die beschlossen hatten, die Belegschaften der Mössinger Betriebe für einen Generalstreik zu mobilisieren. Zunächst marschierte der noch kleine Demonstrationzug hinter einem in der Nacht vorbereiteten Spruchband mit der Aufschrift „Heraus zum Massenstreik“ zur Firma Pausa, einer Buntweberei, in der gerade eine Abstimmung über die Beteiligung am Generalstreik stattfand. Beim Eintreffen der Demonstranten hatte sich eine der beiden Abteilungen für die Beteiligung am Streik ausgesprochen, die andere war mehrheitlich dagegen. Nach der Mittagspause sollte es eine erneute, aber dieses Mal gemeinsame Abstimmung aller Beschäftigten geben. Die verbleibende Zeit nutzte Fritz Wandel zu einer Rede, in der er sich eindringlich für den Generalstreik gegen die Nazis aussprach. Darauf stimmten die Arbeiter von für den Streik. Die Betriebseigentümer, die Brüder Artur und Felix Löwenstein, die als Juden ebenfalls ein Interesse am Sturz des NS-Regimes hatten, billigten dieses Abstimmungsergebnis und gaben der Belegschaft für den Nachmittag frei.

Der größte Teil der Pausa-Mitarbeiter schloss sich der Demonstration an, deren nächstes Ziel die Trikotwarenfabrik Merz war, der mit damals etwa 400 Beschäftigten größte Industriebetrieb Mössingens. Unterdessen hatten sich weitere Bürger Mössingens und der umliegenden Dörfer in die Demonstration eingereiht, die bis zum Eintreffen bei der Firma Merz auf etwa 600 Menschen angewachsen war.

Die Streikenden drangen auf das Fabrikgelände vor und besetzten die Betriebsräume. Nach einigen Wortgefechten gelang es ihnen schließlich, die Arbeiter im Websaal dazu zu bewegen, die Maschinen abzustellen. Im Nähsaal, war das nicht so leicht zu erreichen. Nachdem immer mehr Demonstranten in den Nähsaal gelangt waren, war dort jedoch eine Weiterarbeit aufgrund des Tumults und lautstarker Auseinandersetzungen nicht mehr möglich.

Inzwischen hatte der Betriebseigner Otto Merz den Mössinger Bürgermeister Karl Jaggy über die Vorkommnisse in seiner Firma telefonisch unterrichtet und ihn gebeten, auswärtige Polizeikräfte anzufordern. Dazu war Jaggy aber vorerst nicht bereit. Er war der Meinung, dass sich die Angelegenheit von selbst erledigen würde, und empfahl abzuwarten. Merz gab sich damit nicht zufrieden und forderte selbst polizeiliche Unterstützung vom Oberamt in Rottenburg an, das hierauf eine Einheit der nächstgelegenen Reutlinger Bereitschaftspolizei nach Mössingen abkommandierte. Zusätzlich alarmierte Merz die Leitung des dritten Mössinger Textilbetriebs, der Buntweberei Burkhardt, und informierte sie über die Vorgänge in seiner Firma.

Danach marschierte die Demonstration der streikenden Antifaschisten, inzwischen gut 800 Personen stark, weiter zur Firma Burkhardt. Dort hatte die Betriebsleitung, vorgewarnt durch Merz, das Fabriktor schließen lassen. Zwischen 50 und 60 Demonstranten kletterten hinüber – es kam zu verbalen Auseinandersetzungen mit dem Aufsichtspersonal –, andere versuchten das Tor gewaltsam zu öffnen. Vor den Fabrikfenstern wurden rote Fahnen geschwenkt. Nur wenige Arbeiter der Firma unterbrachen ihre Arbeit. Schließlich blies die Streikleitung den Versuch, ins Betriebsgelände einzudringen, ab und ordnete den Rückzug

Auf ihrem Rückzug stießen die Demonstranten gegen 16 Uhr auf die inzwischen aus Reutlingen eingetroffene 40 Mann starke, mit Pistolen und Gummiknüppeln bewaffnete Staffel des Überfallkommandos der Polizei, die ihnen den Weg versperrte. Jetzt konnten die Antifaschisten davon ausgehen, dass es in den Städten der Umgebung nicht zum Streik gegen Hitlers Machtübernahme gekommen war, da die Polizei sonst sicher andernorts bei wesentlich größeren Einsätzen gebunden gewesen wäre und kaum Kräfte für das kleine Mössingen hätte bereitstellen können. So wurde die Auflösung der Demonstration beschlossen. Der Großteil der Streikenden entzog sich der Personalienfeststellung und flüchtete über die Felder.

Noch am selben Abend wurden die ersten Streikenden verhaftet. In den folgenden Tagen gab es weitere Festnahmen, nicht nur in Mössingen, sondern auch in umliegenden Gemeinden wie Belsen, Nehren oder Talheim. Viele der am Streik Beteiligten, insbesondere jene Arbeiter der Firma Merz, die sich der Demonstration angeschlossen hatten und sich nicht darauf berufen konnten, unfreiwillig von der Arbeit abgedrängt worden zu sein, wurden fristlos entlassen.

Am Ende kam es gegen 98 Arbeiter, die auf verschiedene württembergische Gefängnisse verteilt worden waren, zu Strafverfahren. Die meisten Anklagen lauteten auf Landfriedensbruch. Sieben Angeklagte galten als „Rädelsführer“, gegen sie wurde unter dem Vorwurf der „Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit erschwertem Landfriedensbruch“ vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts in Stuttgart verhandelt.

77 Männer und drei Frauen wurden von der – im Jahr 1933 noch nicht von den Nationalsozialisten gleichgeschalteten – Justiz zu Gefängnisstrafen zwischen drei Monaten und 2½ Jahren verurteilt. Am schwersten traf es den KPD-Unterbezirksleiter und Angehörigen des Reutlinger Gemeinderats Fritz Wandel: Er wurde Anfang März festgenommen und als Hauptredner bei den Streikaktionen im Oktober 1933 unter dem Vorwurf des „Hochverrats“ zu 4 ½ Jahren Einzelhaft verurteilt, die er in der Justizvollzugsanstalt Rottenburg einsaß. Nach „Verbüßung“ dieser Haft galt er den Machthabern weiterhin als kommunistischer NS-Gegner und war als sogenannter „Schutzhäftling“ zunächst fünf Monate im Gestapo-Lager Welzheim interniert, bevor er von dort ins KZ Dachau verlegt wurde, wo er bis 1943 für weitere ca. sechs Jahre gefangen gehalten wurde.^[3] Danach wurde er bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs beim Strafbataillon 999 zwangsweise militärisch eingesetzt.

STADT MÖSSINGEN
"LANGGASS-TURNHALLE"



ZUM GEDENKEN
AN DIE FRAUEN UND MÄNNER,
DIE VON HIER AUS
AM 31. JANUAR 1933
DEN MÖSSINGER GENERALSTREIK
GEGEN HITLER UND
DIE NAZIDIKTATUR WAGTEN.

Buchempfehlung:

Ohne falsche Analogien zu ziehen, gewinnt vor dem heutigen Hintergrund die historische Erinnerung an die Jahre 1932/33 neue Aktualität.

„Wo Antworten auf Fragen zur Vorgeschichte und Etablierung der faschistischen Herrschaft in Deutschland gesucht werden, da bieten sich die Schriften von Emil Carlebach an. Sie sind wieder hochaktuell.« Ulrich Sanders

228 Seiten, 16,80 Euro

ISBN 978-3-96170-020-2



WIR SIND WIEDER WER

Das große Carthago
führte drei Kriege.
Es war noch mächtig
nach dem ersten,
noch bewohnbar
nach dem zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar
nach dem dritten.

Bertolt Brecht, 26.9.1951
Offener Brief an die deutschen Künstler
und Schriftsteller

Die Remilitarisierung 1948 bis 1956

Kaum hatte die Antihitlerkoalition, allen voran die Rote Armee, das faschistische Deutsche Reich besiegt, erhoben die Kriegsverursacher wieder ihre Köpfe. Die Monopole wurden nicht zerschlagen, wie im Potsdamer Abkommen 1945 beschlossen, die ehemaligen Wehrwirtschaftsführer konnten wieder schalten und walten.

Trotz einer breiten Stimmung innerhalb der Bevölkerung nach „Nie wieder Krieg“ und gegen die Wiederbewaffnung begannen 1948 die Weichenstellungen für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands.

In der Diskussion war zunächst der Aufbau einer europäischen Armee, der deutsche Soldaten angehören sollten zur angeblichen Verteidigung Westeuropas gegen die Sowjetunion. Nach der mit Hilfe der Westalliierten betriebenen Spaltung Deutschlands in zwei Staaten (1949) an der Nahtstelle der Konfrontation zwischen dem kapitalistischen Westen und der Sowjetunion, war der Weg in die Wiederbewaffnung der BRD vorgezeichnet.

Im Mai 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen, im November 1955 wurde die Bundeswehr gegründet und 1956 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Wie verhielten sich die Gewerkschaften?

Die Führung



Oktober 1949, DGB-Gründungskongress: Im Grundsatzprogramm des DGB wird als zentrale Aufgabe der Gewerkschaften die „Bekämpfung von nationalistischen und militaristischen Einflüssen“ festgehalten.

1951: Obwohl die Volksbefragung gegen die Wiederaufrüstung von der Gewerkschaftsbasis und breiten Teilen der Bevölkerung befürwortet wurde, warnte der DGB-Bundesvorstand die Gewerkschaftsmitglieder, an ihr teilzunehmen. Kurz nach Beginn der Volksbefragung wurde diese per „Blitzgesetz“ wegen „Verfassungsfeindlichkeit“ verboten.

Anfang 1952: Das Vorstandsmitglied Hans vom Hoff erklärte das Einverständnis des DGB-Vorstandes zur westdeutschen Wiederbewaffnung. Große Teile der Gewerkschaftsbasis reagierten mit heftigen Protesten und Aktionen dagegen und vom Hoff trat zurück.

Oktober 1952, 2. DGB-Bundeskongress: Der DGB-Vorsitzende Christian Fette, wurde auf dem Kongress abgewählt, weil er sich für einen „Wehrbeitrag“ aussprach. Neuer Vorsitzender wurde Walter Freitag.

März 1953: Auf den Wunsch vieler Gewerkschafter nach Generalstreik gegen die Wiederaufrüstung, (EVG-Vertrag und Generalvertrag) erklärte der DGB-Bundesvorstand: „Der Bundesvorstand des DGB richtet an alle gewerkschaftlichen Organe und an die Gewerkschaftsmitglieder die Bitte, sich an einem frivolen Spiel mit dem Generalstreik keinesfalls zu beteiligen und darüber zu wachen, dass evtl. Vorbereitungsmaßnahmen unterbleiben.“ Und kurz darauf: „Nach wie vor wendet sich der Deutsche Gewerkschaftsbund mit aller Entschiedenheit dagegen, dass von unberufener Seite die Gewerkschaften mit dem Plan eines politischen Streiks in Zusammenhang gebracht werden.“

Oktober 1954, 3. DGB Bundeskongress: Eindeutiges Bekenntnis zur Ablehnung der Wiederbewaffnung Deutschlands.

Maßnahmen zur Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Pläne der Regierung wurden nicht beschlossen.

Die Mehrheit

Die breite Mehrheit war gegen die Wiederaufrüstung. Über die **Volksbefragung** von 1951 wurde die Bevölkerung zu einer Abstimmung über die Frage: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“ aufgerufen.

Trotz Verbot der Volksbefragung, Verbot der KPD und der FDJ, trotz Polizeieinsätzen, Festnahmen und Einleitung von Gerichtsverfahren, erbrachte die Volksbefragung über 9 Millionen Ja-Stimmen, fast 100 Prozent der Befragten.

Beispiele für Aktionen in den Betrieben

- Februar 1951 beschlossen Delegierte aus 48 Nürnberger Betrieben die Beteiligung an der Volksbefragung. Die Abstimmung ergab eine fast hundertprozentige Ablehnung der Wiederbewaffnung.
- Die Belegschaften der Mannheimer Lanz-Werke, der Daimler-Benz Werke in Sindelfingen sowie die Straßenbahner von Esslingen und Duisburg forderten die Durchführung einer Volksbefragung, ebenso die Generalversammlung der IG Bau-Steine-Erden in Neustadt a.d. Weinstraße.
- 5691 Kolleginnen und Kollegen der Belegschaft von Bosch in Stuttgart waren gegen, 342 für die Wiederaufrüstung.
- Bei Krupp Essen stimmten 11 921 von 12 308 Befragten dagegen.

Die KPD organisierte zahlreiche Aktionen in Betrieben: z.B. die Kämpfe gegen die sog. „Panzerschichten“ im Ruhrgebiet. Der KPD gelang es mit der Parole „Auf Panzerschichten folgen Panzerschlachten“ der antimilitaristischen Stimmung einen Ausdruck zu geben, so dass die Zahl der Sonderschichten trotz Drohungen, Polizeieinsätzen und Verhaftungen von Dezember 1950 bis Januar 1951 erheblich zurückgingen.

Wiederbewaffnung und Gewerkschaften 1945 bis 1956

Das große Carthago führte drei Kriege.

**Es war noch mächtig nach dem ersten,
noch bewohnbar nach dem zweiten.**

Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.

Bertolt Brecht, 26.9.1951, Offener Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller

Teil 1 1945-1949

August 1944: Morgenthau-Plan vom US-amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau, wurde rasch von US-Präsident Roosevelt verworfen. Dieser Plan wollte Deutschland auf den Status eines Agrarlandes ohne Industrie zurückwerfen.

13. April 1945 (2 Tage nach der Befreiung des KZ Buchenwald): „**Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald**“ (Programm des „**Bund demokratischer Sozialisten**“):
„**Wir wollen nie wieder Krieg. Wir werden alles tun, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen.**“

19. April 1945: „Buchenwalder Schwur aller inhaftierten Häftlinge von Buchenwald“:
„**Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:**
Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!
Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach:
„WIR SCHWÖREN!“

Buchenwald/Weimar 19. April 1945“

8.5.1945: Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Reichswehr / des Deutschen Reiches – Hauptlast des Sieges über das faschistische Europa in der Anti-Hitler-Koalition (USA, GB, F und SU) trug die Rote Armee der Sowjetunion.

Nach der Kapitulation werden auf Eigeninitiative vielerorts Gewerkschaften, Antifa-Ausschüsse und andere Organisationen der Selbstorganisation aufgebaut. Teilweise bauten Arbeiter:innen die Betriebe unter eigener Regie selbst wieder auf.

Aber erst mit der Potsdamer Konferenz und der Aufteilung Deutschlands auf die 4 Siegermächte werden Gewerkschaften offiziell von den Alliierten in ihren Zonen nach und nach zugelassen.

2. August 1945: Potsdamer Abkommen der 3 Siegermächte (USA, GB, SU): „völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung.“

Deutschland wird in 4 Zonen aufgeteilt und unter Militärregierung der 4 Siegermächte gestellt!

Ab 1946 bis rein ins Jahr 1948 kommt es zu **zahlreichen Streiks** in verschiedenen Regionen gegen Hunger, Inflation und schlechte Arbeitsbedingungen!

22./25. April 1947: Gründung des DGB in Bielefeld für die britische Besatzungszone. Erster Vorsitzender Hans Böckler (SPD): Einheitsgewerkschaft statt Richtungsgewerkschaften, aber starker Einfluss durch die SPD.

3. April 1948: Beschluss zum Marshallplan (initiiert vom US-Außenminister Marshall):

Wirtschaftsförderungsprogramm der USA zum Aufbau Europas und speziell von Deutschland. Volumen: 13,12 Mrd USD, davon erhielt die BRD.: 1,41 Mrd. USD. Und damit auch die Entscheidung Westdeutschland – die SU

hatte diesen Plan für seine Zone abgelehnt – stärker in den Westen als kapitalistischen Staat zu integrieren unter Führung der USA.

Dezember 1948: Adenauer bestritt öffentlich jeden Gedanken über eine Wiederbewaffnung energisch: „Ich habe zu dieser Frage keine Auffassung. Ich kann Ihnen auch meine Meinung darüber nicht sagen. Ich denke über dieses Problem überhaupt nicht nach.“ Gleichzeitig beauftragte er im gleichen Monat den ehemaligen General Speidel „ein Memorandum auszuarbeiten über die vergleichsweise Zusammensetzung der europäischen Armeen und darüber, was die Verbündeten eines schönen Tages von uns fordern könnten.“

Im September 1949 wurde Adenauer dann im Bundestag mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt. In den ersten Wochen seiner Kanzlertätigkeit führte er formal die Ent-

militarisierungspolitik fort, die von den Alliierten eingeleitet worden war. So setzte er am **22. Nov. 1949** - trotz zunehmender Gerüchte über Wiederaufrüstungspläne – seine Unterschrift unter das sog. „**Petersberg-Abkommen**“. Dort heißt es u.a.: „Die Bundesregierung erklärt ferner ihre feste Entschlossenheit .. mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern (4).

Aber in Zeitungsinterviews begann Adenauer seine eigentlichen Bestrebungen anzudeuten. In der Öffentlichkeit erregte sein Interview mit „The Cleveland Plain Dealer vom 3. Dezember 1949 große Aufmerksamkeit. Die amerikanische Nachrichtenagentur AP fasste das anderthalbstündige Gespräch so zusammen:

„Die Schaffung einer europäischen Armee, der auch deutsche Soldaten angehören sollen, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer (...) vorgeschlagen. Unter dem Kommando eines Höheren

Europäischen Hauptquartiers könne dann auch Deutschland seinen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten. ...“ Nachdem dieses Interview hohe Wellen geschlagen hatte, widerspricht er dem auch wieder.

Mit dem Adenauer-Interview war nun aber die Frage der Wiederbewaffnung zum offiziellen innenpolitischen Thema geworden. In einer von der KPD geforderten Bundestagsdebatte

am 16. Dezember 1949, der ersten „Wehrdebatte“ im neuen Parlament, leugnete Adenauer erneut alle Absichten einer westdeutschen Wiederbewaffnung. Die CDU/CSU-Fraktion erklärte:

„Dem deutschen Volk (...) liegt der Gedanke an eine Wiederaufrüstung fern.“

Die "Plain-Dealer-Affäre" hielt Adenauer nun allerdings nicht davon ab, weiterhin seine Ansichten über die „Sicherheitsfrage“ mittels Zeitungsinterviews zu veröffentlichen. Geschickt betrieb er eine psychologische Vorbereitung der Bevölkerung auf eine bevorstehende Wiederbewaffnung. Seine dabei immer wiederkehrenden Argumente malten die angeblich „tödliche Bedrohung der freien Welt“ durch den Kommunismus an die Wand.

20. Juni 1948: Inkrafttreten der Währungsreform in den westlichen Zonen: die neue Deutsche Mark löst die alte inflationäre Reichsmark-Währung ab. Jeder Bürger konnte zunächst 40 Reichsmark gegen 40 Deutsche Mark eintauschen. Diese führte zur Stabilisierung der deutschen Mark, die Stärkung der Wirtschaft und Beendigung der Inflation. Jedoch wer Waren bis zur Umstellung ungesetzlicherweise gehortet hatte, der war Gewinner, ebenso Besitzer von Sachwerten (Betriebe, Immobilien und Waren). Die Sparer und Arbeitslosen waren die Verlierer. **Dieser einseitige Schritt war auch eines der elementaren Entscheidungen hin zur Spaltung Deutschlands, in der sowjetisch besetzten Zone wurde am 24.7.1948 eine separate Währungsreform durchgeführt.**

23. Mai 1949 Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (BRD).

7. Oktober 1949: Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Und damit die Spaltung Deutschlands.

13. Oktober 1949: Gründung des DGB in der BRD in München durch 16 Branchengewerkschaften – nach dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Erster Vorsitzender Hans Böckler. (wurden bewusst als sog. freie Gewerkschaften proklamiert gegenüber des **FDGB** in der DDR, **Gründung am 9.-11. Februar 1946**). Der DGB und die Gewerkschaften beschlossen in dieser Gründungsphase ihre Forderung, die Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen. Viele Deutsche, auch in den großen Parteien SPD und CDU, waren 1945 der Meinung, dass es zu einer wirtschaftlichen Neuordnung kommen müsse. Im „Ahlener Programm“ der CDU hieß es noch 1947: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Die CDU forderte deshalb die Verstaatlichung des Bergbaus. Hans Böckler unterschied bewusst zwischen Vergesellschaftung und Verstaatlichung. Ihm ging es auch nicht um

die gesamte Wirtschaft. Nicht der Tante-Emma-Laden oder die Strumpffabrik sollten sozialisiert werden, sondern die Schlüsselindustrien, vor allem Kohle und Stahl. Denn mit deren Mitteln, so Böckler auf dem DGB-Gründungskongress, sei die erste deutsche Republik, ein demokratisches Staatsgefüge, zerstört worden. Eine Wiederholung gelte es für alle Zeiten auszuschließen.

Die Gewerkschaften gingen davon aus, dass die politischen Mehrheitsverhältnisse ihre Forderung nach Vergesellschaftung begünstigen würden. Zumal ihre Sozialisierungsforderungen nicht auf eine Zentralverwaltungswirtschaft nach sowjetischem Muster abzielten.

Teil 2 1949 - 1952

Zeitraum 1949 – 1952

Oktober 1949: Zunächst habe es noch im Münchner Grundsatzprogramm des DGB geheißen, die „Bekämpfung von nationalistischen und militärischen Einflüssen“ sei eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Auch im Januar 1950 habe der DGB-Bundesvorstand einstimmig „jedwede Militarisierung Deutschlands abgelehnt. *Starke antimilitaristische Positionen in der Basis, Remilitarisierungsbefürworter fast ausschließlich in der Führungsebene.*

Generell lasse sich die gewerkschaftliche Taktik in Bezug auf den Remilitarisierungskomplex in 3 Phasen unterteilen.

- *Eine verklausulierte Zustimmung (ab 1950)*
- *Eine abwartende Stillhalte Politik (ab 1952)*
- *In einen symbolischen Protest (ab 1954)*

Die DGB-Gewerkschaftsführer haben in dieser Zeit nicht mehr als notwendig getan, um antimilitaristische Aktionen zu unterstützen. Teils sei sogar versucht worden, antimilitaristische Aktionen zu verhindern, oder wenigstens deren Energien zu absorbieren.

Im Januar 1950 führte EMNID eine Meinungsumfrage an der westdeutschen Bevölkerung durch, mit der Frage: „*Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden, oder dass Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?*“

74,5% antworteten mit NEIN !!

Im August 1950 hatte Bundeskanzler Adenauer, ohne Rücksprache mit der Bundesregierung und ohne Beteiligung des Parlaments, dem US-Hochkommissar McCloy deutsche Truppen im Rahmen einer westeuropäischen Armee angeboten. Aus Protest dagegen trat der damalige Innenminister (und spätere Bundespräsident) Gustav Heinemann zurück.

Im Januar 1951 forderte der Theologe Martin Niemöller, Bundeskanzler Adenauer auf, eine Volksbefragung über die Wiederaufrüstung durchzuführen. Ein Verbot der Volksbefragung folgte im April 1951. Die Begründung: *Die Volksbefragung ziele auf einen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung des Bundesgebietes hin.*

Anm.: Die SPD-Führung unterstützte das Verbot.

Ende 1950 hatte sich die **OHNE UNS – Bewegung** gebildet, in der am Anfang hauptsächlich Kriegswitwen, -waisen und -invaliden beteiligt waren. Im Laufe der Jahre 1950/51 wurde es dann eine breitere Bewegung für eine Volksbefragung zur Remilitarisierung.

In der Auseinandersetzung um die Pariser Verträge im Frühjahr 1952 wuchs die Oppositionsstimmung an der Basis der Gewerkschaften weiter an und führte zu zahlreichen Streikaktionen. Allein in Süddeutschland beteiligten sich 65 Betriebe an Warnstreiks.

Die Haltung der DGB-Spitze führte zu einer *Folge von innerorganisatorischen Rebellionen*“ die schließlich personelle Konsequenzen hatten.

Auf den 2. Bundeskongress des DGB im Oktober 1952 stand die Remilitarisierungsfrage gar nicht mehr auf der Tagesordnung. Ein Antrag auf Debatte zum Thema wurde auf Empfehlung des DGB-Vors. Christian Fette abgelehnt. Dennoch kam es im Anschluss an das Referat des Vorsitzenden zu einer ausführlichen Diskussion. In der Konsequenz wurden Fette und sein Stellvertreter nicht wieder in ihre Ämter gewählt. Anträge gegen die Remilitarisierung wurden jedoch von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

WIR SIND WIEDER WER

DER WIEDERAUFBAU 1945-1956



Junge Leute protestieren 1954 in München gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands
Foto: picture alliance / dpa

1952 - 1956

Mai 1952 EVG-Vertrag (Europäische Verteidigungsgemeinschaft)

19.07.1952 Betriebsverfassungsgesetz nach 3. Lesung verabschiedet

14.08.1952 Lastenausgleichsgesetz

Mai 1953 EVG-Vertrag: Ratifizierung durch Deutschland

1953 Ende Koreakrieg durch Waffenstillstand

06.05.1954 Beitritt der BRD zum westlichen Verteidigungsbündnis NATO

05.05.1955 Pariser Verträge mit Vorbehaltsrechten der (westlichen) Siegermächte bis 1990) lösen den EVG-Vertrag ab

06.06.1955 "Amt Blank" in "Bundesministerium für Verteidigung" umbenannt, Verteidigung des vormaligen DBG-Gründungsmitgliedes Theodor Blank als erster Verteidigungsminister der BRD

30.10.1955 Christliche Gewerkschaften spalten sich vom DGB ab

12.11.1955 Gründung der Bundeswehr

1956 Einführung der allgemeinen Wehrpflicht

17.08.1956 BVerfG verbietet KPD

Mai 1952 EVG-Vertrag (Mai 1953 von Deutschland ratifiziert): Remilitarisierung der BRD im Rahmen der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft: Bereits im Februar 1952 wurde im Bundestag zum deutschen Wehrbeitrag debattiert. Mit Ausbruch des Korea-Krieges 1950 hatten die Westalliierten ihre bisherige Politik der Entmilitarisierung Deutschlands aufgegeben und seither war durch die Regierung Adenauer die „Angst vor dem Osten“ heftig geschürt worden. Adenauer, der behauptete, alles dafür tun zu wollen, dass das „militaristische Denken“ unter keinen Umständen wiederkehre, verfolgte jedoch strategische Ziele, für die auch deutsche Soldaten als Teil einer Europa-Armee marschieren sollten. Die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes im Juli 1952 führte zur Trennung von Betriebsräten und Gewerkschaften; es war eine der entscheidenden Niederlagen des DGB: damit war eine weder eine ökonomische Mitbestimmung der erwerbstätigen Bevölkerung (wie beim Montan-Mitbestimmungsmodell) möglich, noch nach Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes außerhalb von Tarifforderungen „nach herrschender Meinung“ die Verfolgung von politischen Zielen.

1953 endete der Korea-Krieg als erster Stellvertreterkrieg der Supermächte. Der EVG-Vertrag wurde ratifiziert, er sollte 1955 durch die Pariser Verträge abgelöst werden.

Am **06.05.1954** trat die BRD der NATO bei und am **05.05.1955** wurde der EVG-Vertrag (Remilitarisierung der BRD im Rahmen der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft) von den Pariser Verträgen abgelöst, die bis 1990 Vorbehaltsrechte der Siegermächte beinhalteten.

Die Bundeswehr wurde am **12.11.1955** unter dem ehemaligen Gewerkschaftsführer und nunmehr Bundesverteidigungsminister Theodor Blank als „neue Wehrmacht“ gegründet: Heer, Marine, Luftwaffe hatten einen Generalinspekteur ohne eigene Befugnisse. 1956 wurde auch die allgemeine Wehrpflicht für Männer über 18 Jahre für 12 Monate eingeführt.

Wie verhielten sich die Gewerkschaften zur Wiederbewaffnung?

Die Haltung des DGB war stets ambivalent: Widerstand gegen Remilitarisierung kam aus der Basis gegen die Zustimmung der Gewerkschaftsführung zur Wiederbewaffnung:

Ein Befürworter der Wiederbewaffnung war der Gewerkschaftsvorstand Christian Fette, der aber wegen dieser Haltung beim **2. DGB Bundeskongress Oktober 1952** abgewählt wurde, als Kritik an den Vorbereitungen zur deutschen Wiederbewaffnung laut wurde, einer Frage, die gar nicht auf der Tagesordnung gestanden hatte. Mit dem 1952 verabschiedeten Betriebsverfassungsgesetz war zudem die Mitbestimmungspolitik des Gewerkschaftsbundes gescheitert und das Ziel der Bundesregierung, einer „Befriedung“ der Gewerkschaften erreicht.

In der Frage der Wiederbewaffnung hatte die Gewerkschaftsführung, davor gewarnt, an der **Volksbefragung** (seit 1951) teilzunehmen, die von der Gewerkschaftsbasis wie auch von großen Teilen der Bevölkerung befürwortet wurde: "**Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951**". Schnell wurde vom Bundesinnenministerium ein Verbot ausgesprochen ("wegen Verfassungsfeindlichkeit"), welches auch von der SPD gefordert und dem DGB-Bundesvorstand unterstützt worden war.

Im folgenden Jahr, 1953, blendete der DGB das Thema der Wiederbewaffnung einfach aus, obwohl die Bundestagswahlen vor der Tür standen und der Bundestag die EVG-Verträge ratifiziert hatte. Gleichzeitig distanzierte sich der DGB öffentlich von jedem Gedanken an einen Generalstreik gegen die Remilitarisierungspläne, wozu er nach Art. 9 GG Abs. 3 auch gehalten war. Wiewohl die Gesetzeslage einen politischen Streik nicht ausdrücklich verbot, war dieser „nach herrschender Meinung“ – anders als etwa in Frankreich – nicht zulässig:

(Zitat, Deutschlandfunk **Nina Werkhäuser** 12.11.2015):

„Ein Verbot politischer Streiks ist in Deutschland nicht gesetzlich festgeschrieben. Dennoch wird immer wieder davon gesprochen, dass diese nicht zulässig seien: **Das sei die herrschende Meinung, so der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages**. Hintergrund ist ein Urteil des **Freiburger Landesarbeitsgerichts von 1952**, das vielfach als Verbot von politischen Streiks interpretiert wurde.“

Zwar bekannte sich der DGB auf seinem **3. Kongress im Oktober 1954** eindeutig zu seiner Ablehnung der Wiederbewaffnung Deutschlands, doch Maßnahmen zur Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Pläne der Regierung wurden nicht beschlossen.

Nach dem Nein des DGB zur Wiederbewaffnung und dem Ja zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Viktor Agartz (Wirtschaftswissenschaftliches Institut des DGB bis 1955) gründeten **christliche Gewerkschafter am 30. Oktober 1955** ihre eigene Organisation (die 1959 in den Christlichen Gewerkschaftsbund mündete).

Paulskirchenbewegung gegen die Pariser Verträge zur Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die NATO **29.01.1955 in Frankfurt "Deutsches Manifest"**

Motto „Rettet Einheit, Frieden und Freiheit! Gegen Kommunismus und Nationalismus!“

Gemeinsam mit dem DGB fand kurz vor der Verabschiedung der Pariser Verträge im Januar 1955 eine große Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche statt, bei der das sog. "Deutsche Manifest" verabschiedet wurde. Es drückte vor allem die Sorge um die Unmöglichkeit einer späteren Wiedervereinigung beider deutscher Staaten [*infolge der Wiederbewaffnung*] aus. Die sich anschließenden Kundgebungen blieben bei der Abstimmung im Bundestag über die Verträge (die SPD stimmte dagegen) ohne Wirkung.

Wie konnte die Gewerkschaftsbasis gegen die Remilitarisierung aktiv werden?

Trotz des **Verbotes der Volksbefragung** sprachen sich bis zum 16. März 1952 mehr als neun Millionen Bürger gegen die Remilitarisierung aus.

Während der Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge im Frühjahr 1952 war die Oppositionsstimmung an der Basis der Gewerkschaften weiter angewachsen und hatte zu zahlreichen Streikaktionen geführt. Allein in Süddeutschland fanden bis Februar 1952 in 65 Betrieben Warnstreiks statt, in Nordrhein-Westfalen wurden 24 Warn- und Proteststreiks gezählt. Die Haltung der DGB-Spitze führte zu einer „Folge von innerorganisatorischen Rebellionen“.

„**Jugendkarawane gegen Wiederaufrüstung und Generalvertrag**“, deren Gremium aus vielen Verbänden und Organisationen bestand. Am 1. Mai 1952 erging der Aufruf zum **11. Mai 1952** nach Essen, sprechen sollten auf der Veranstaltung u. a. der Bundesfeldmeister des Deutschen Pfadfinderbundes, der Gewerkschaftsjugendsekretär der IG Post, der Pastor Herbert Mochalski aus Darmstadt und Pfarrer Hans Meyer aus Düsseldorf. Adenauers Innenminister Lehr hatte kurzfristig die Friedenskundgebung verboten, gefolgt von brutalen Polizeieinsätzen, 30 bis 80 Schüsse wurden auf die Demonstranten abgefeuert. Dabei wurde als erster Demonstrant in der Bundesrepublik der 21-jährige Münchner Philipp Müller (Eisenbahnarbeiter, Gewerkschafter und KPD-Mitglied) von der Polizei erschossen; die Ermittlungen gegen das extrem gewalttätige Vorgehen der Ordnungsmacht wurde April 1953 eingestellt. Bis in den Abend des 11. Mai hinein protestierten 30.000 Jugendliche in kleinen Gruppen gegen die Remilitarisierung.

Weitere große Proteste gegen die Wiederbewaffnung fanden trotz der bremsenden Rolle der Gewerkschaftsführer statt. Auf dem Königsplatz in München, einem der Zentren der Bewegung, versammelten sich am **26. Mai 1952 140.000 Menschen gegen das Betriebsverfassungsgesetz und die Wiederaufrüstung**.

Am Ende der **Kundgebung zum 1. Mai 1953 mit 80.000 Teilnehmern auf dem Königsplatz** gab es den nächsten Toten zu beklagen. Die mit Stahlhelmen und Karabinern ausgerüstete blaue Sicherheits-Polizei, von den Münchnern "SS" genannt, ging mit Gewehr im Anschlag gegen die Menschen vor, die **gegen den Generalvertrag und den EVG-Vertrag** (Remilitarisierung der BRD im Rahmen der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft). Auch beim Abzug war ein Transparent mit der Aufschrift „*Kampf dem Generalvertrag: Er bringt Zwangsrekrutierung – Lohnraub – Krieg und Tod!*“ entrollt; der 59jährige Bundesbahnbeamte und Gewerkschafter G. Bachl starb auf der Flucht vor dem Wasserwerfer am Herzschlag.

1954 löste sich die seit 1949 bestehende "**Ohne-mich-Bewegung**" auf, die zahlreiche antimilitaristische Argumente vertreten hatte. Neben konservativen, liberalen und religiösen Teilen der Gesellschaft waren in Ermangelung einer deutlichen antimilitaristischen Positionierung der Gewerkschaftsführung auch zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder vertreten gewesen.



© ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo

Protest gegen die Wiederbewaffnung vor dem Römer in Frankfurt am Main, 15. Januar 1955
 Aus: Zeitenwende ,45 – Aufbruch in ein neues Europa. Erkundungsbogen für die Sek II (Hg. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.)



Auch Teile der deutschen Bevölkerung wehren sich gegen die Wiederbewaffnung. In Köln etwa hielt 1950 ein Protestzug der Wehrdienstverweigerer durch die Straßen.
 © picture-alliance / ang Images Photo: ang Images



Vor dem Hintergrund des Nato-Beitritts der BRD demonstrieren Gewerkschafter 1955 in München gegen die deutsche Wiederbewaffnung/ Foto: dpa
 Aus: SZ [Nato: Historie - Umstrittenes Bündnis - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](http://www.sueddeutsche.de)

Anhang: Dokumente

*Der Schwur von Buchenwald

Im Auftrag des Lagerkomitees organisierte eine Gruppe aus österreichischen, niederländischen, tschechischen, polnischen und ungarischen Häftlingen, darunter auch jüdische Überlebende, am 19. April 1945 eine Gedenkfeier für die Toten des Lagers.



Während der Totenfeier. Foto: Donald R. Ornitz, U.S. Signal Corps, 19. April 1945. ©National Archives Washington

Ein in den Werkstätten des Lagers hergestellter hölzerner Obelisk diente als provisorisches Denkmal. Er trug die Inschrift „K.L.B. 51.000“ – die geschätzte Zahl der Toten des KZ Buchenwald.

Nacheinander marschierten die Überlebenden nach Nationen gegliedert und in Blöcken formiert unter den Klängen des Lagerorchesters auf den Appellplatz. Auf Russisch, Polnisch, Deutsch, Französisch, Tschechisch und Englisch wurde eine vorher ausgearbeitete Gedenkansprache verlesen. Angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen und des noch nicht beendeten Krieges mündete sie in einem gemeinsamen Gelöbnis:

Wir werden den Kampf erst aufgeben, wenn der letzte Schuldige vom Gericht aller Nationen verurteilt ist. – Die endgültige Zerschmetterung des Nazismus ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ideal.

Das Gelöbnis ist heute als „Schwur von Buchenwald“ bekannt.

Bereits einige Tage später wird er entsprechend den Zielsetzungen kommunistischer Häftlinge umformuliert: Die seitdem häufig genutzte Formulierung „die endgültige **Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln**“ steht für die klassenkämpferische Zerschlagung des Kapitalismus und die Durchsetzung kommunistischer Herrschaft.

Wir werden den Kampf erst aufgeben, wenn der letzte Schuldige vom Gericht aller Nationen verurteilt ist. – Die endgültige Zerschmetterung des Nazismus ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ideal.

Das Gelöbnis ist heute als „Schwur von Buchenwald“ bekannt.

Bereits einige Tage später wird er entsprechend den Zielsetzungen kommunistischer Häftlinge umformuliert: Die seitdem häufig genutzte Formulierung „die endgültige **Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln**“ steht für die klassenkämpferische Zerschlagung des Kapitalismus und die Durchsetzung kommunistischer Herrschaft.

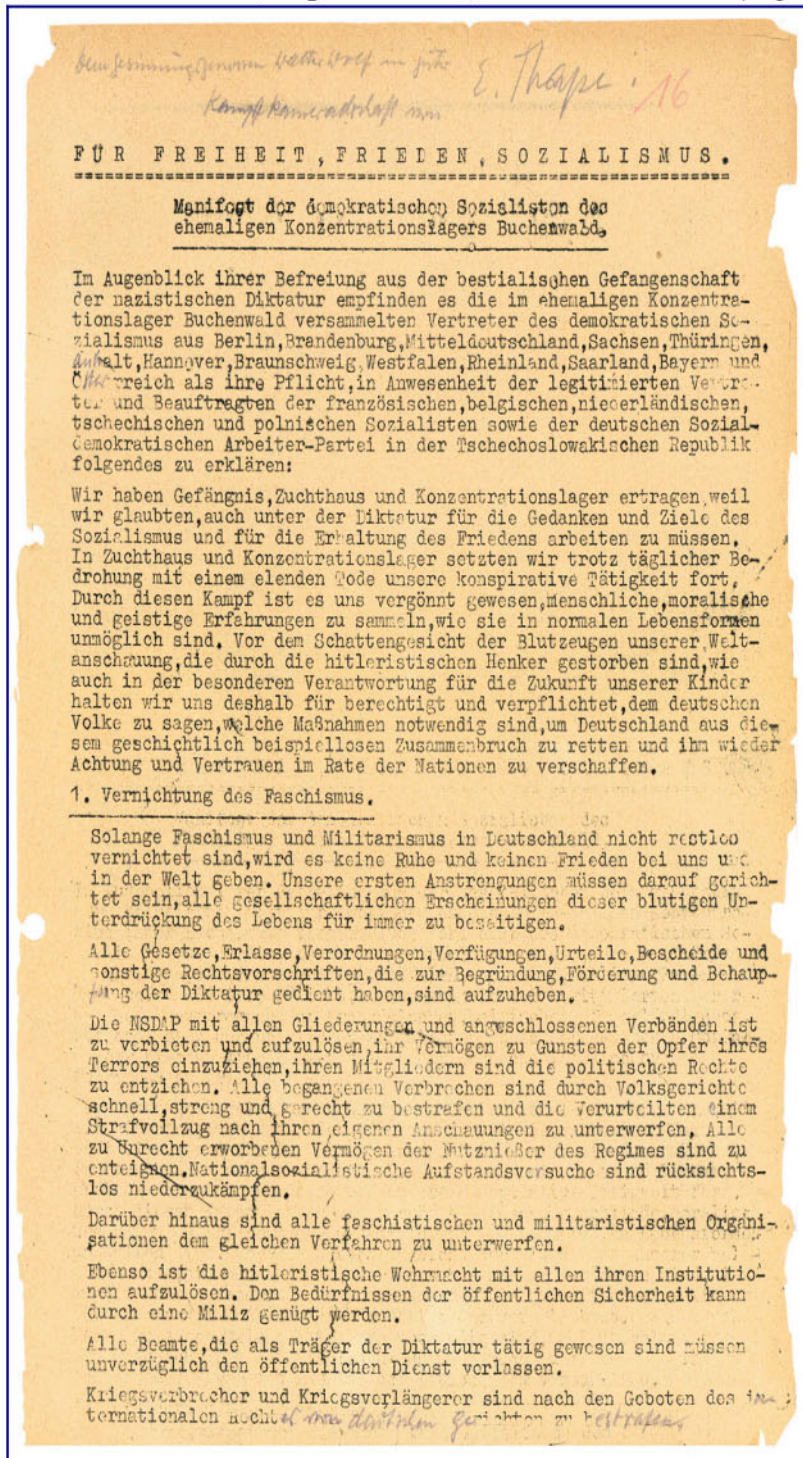
*Das Buchenwalder Manifest

An diesem Montagabend, dem 23. April 1945 trafen sich Nazigegner verschiedener politischer Richtungen und Nationalitäten in Buchenwald zum „1. Buchenwalder Volkskongress“. Es ging um die Zukunft Deutschlands. Hauptreferent war der Sozialdemokrat Dr. Hermann Brill. Mit anderen zusammen hatte er am selben Tag den „Bund demokratischer Sozialisten“ gegründet.

Die Abfassung des Programms des Bundes begann am 13. April, zwei Tage nach der Befreiung. Auf einer Versammlung internationaler Sozialisten trug Hermann Brill die schon im Lager erarbeiteten Grundsätze einer deutschen Nachkriegsordnung vor. Eine siebenköpfige Redaktionskommission fasste die Diskussion zusammen und gab einige Tage später in hundert hektographierten Exemplaren das „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald“ heraus. Es war eines der bedeutendsten Dokumente der Zeit für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands.

(Harry Stein)

Quelle: Hermann Brill, Gegen den Strom, Offenbach a. M. 1946 (Reprint Erfurt 1995).



Das Buchenwalder Manifest, April 1945.

(Gedenkstätte Buchenwald)

*Quelle: Website Gedenkstätte Buchenwald:

<https://liberation.buchenwald.de>



MITTEILUNGEN

DER INDUSTRIEGEWERKSCHAFT **METALL** FÜR DIE BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND · VERWALTUNGSSTELLE STUTTGART

7. Jahrgang

Februar 1952

Nummer 2

Verteidigungsbeitrag – Ja oder nein?

Als vor wenigen Tagen das DGB-Vorstandsmitglied vom Hoff in Oberhausen erklärte, daß wir zur Verteidigung gezwungen seien, wenn wir nicht einer Aggression zum Opfer fallen wollten, ging ein Sturm der Entrüstung durch die Reihen der deutschen Arbeiterschaft. Zum ersten Male seit 1945 zeigte sich hier eine spontane, einmütige Massenbewegung gegen die Absicht, durch eine Wiederaufrüstung erneut die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen heraufzubeschwören. Die Bevölkerung hat die Schrecken des Krieges noch zu gut in Erinnerung. Sie fühlt instinktiv, daß eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu nichts gutem führt. Selbst Kollege vom Hoff mußte einige Tage nachher in Hamburg zugeben, daß Millionen jede Aufrüstung ablehnten. (...) Trotzdem gibt es noch

Unbelehrbare, die auch in diesem Fall kommunistische Agenten als Anstifter vermuten. Damit würde man dieser Richtung viel mehr Kraft zuschreiben als sie in Wirklichkeit besitzt. Die Proteste kommen aus allen Betrieben, gleich welcher Richtung die Funktionäre angehören. In der Schuhfabrik Salamander, wo bestimmt keine Kommunisten am Werk waren, wurde z.B. eine Abstimmung über die Einführung einer Wehrmacht durchgeführt. Von 4847 Befragten sprachen sich 4316 dagegen und nur 155 dafür aus, 305 hatten keine Meinung.

Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß ein Verteidigungsbeitrag von der Mitgliedschaft abgelehnt wird. Die Erklärungen des Bundesausschusses des DGB und des Kollegen Fette wurden von den Kollegen als nicht klar genug bezeichnet, sie vermissen darin ein eindeutiges „Nein“. Darüber hinaus verlangen die Mitglieder eine Urabstimmung über diese wichtige Frage, weil der Bundesausschuß nicht das geeignete Gremium ist, darüber zu entscheiden.

Ernste Zweifel bestehen darüber, ob ein Verteidigungsbeitrag bei einer bewußt fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik überhaupt möglich ist. Man möchte meinen, daß im kapitalistischen System das eine das andere ausschließt. Wenn Kollege vom Hoff erklärte, die Gewerkschaften seien gegen aggressive Rüstungsmaßnahmen, so kann man auch hier seine Bedenken haben. Wer garantiert denn dafür, daß eventuelle Rüstungen nur zur Defensive verwendet werden? Hat man denn vergessen, wer das Ruder in der Hand hat? Die amerikanischen Kapitalisten sind nicht besser als die europäischen. (...) Es ist unverständlich, wenn von führenden Gewerkschaftskollegen die Illusion verbreitet wird, daß es möglich sei, den Verteidigungsbeitrag zu leisten, ohne den Lebensstandard der Bevölkerung zu schmälern. Diese Behauptung ist offensichtlich Unsinn, weil sie gegen jede Erfahrung spricht. Wenn dem so wäre, warum hat man dann nicht wenigstens die Hälfte dieser Summe für den Wohnungsbau aufgebracht, dafür war bisher nie Geld da. Bevor Uniformen „gebaut“ werden, sollten anständige Häuser für diejenigen gebaut werden, die noch in Erdlöchern hausen müssen.

Wie steht es nun eigentlich mit der Gefahr aus dem Osten? Tatsache ist, daß in Ost und West gerüstet wird. Beide behaupten, nur zur Verteidigung zu rüsten. Auch Hitler erklärte immer wieder seine Friedensliebe, was in Wirklichkeit dahinter steck-

te, mußten wir am eigenen Leibe verspüren. Wie gesagt, es kommt nicht so sehr auf öffentliche Erklärungen an, als vielmehr auf die treibenden Kräfte ökonomischer und politischer Art. Politisch sind beide Wirtschaftssysteme, das russische wie das amerikanische an ihrer Ausdehnung interessiert. Ökonomisch gesehen hat Amerika alle Ursache, für seinen mächtigen Produktionsapparat die notwendigen Absatzgebiete zu beschaffen. Wesentliche Märkte gingen den Amerikanern in Asien verloren. (...) Wer die politische Entwicklung in den letzten Monaten aufmerksam verfolgte, kann feststellen, daß die Russen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit wären, wenn die Aufrüstung Westdeutschlands unterbliebe. Selbst prominente Politiker erklärten wiederholt, daß sie gegenwärtig nicht an eine Aggression russischerseits glaubten. Adenauer aber will von einem Verzicht auf Remilitarisierung nichts wissen, er verzichtet eher auf die Einheit Deutschlands und nimmt die Gefahr eines deutschen Bruderkrieges auf sich. Diese Politik führt Adenauer gegen den Willen des deutschen Volkes durch. (...) Wir haben hier also den klassischen Fall, wie ihn Rosa Luxemburg schon vor Jahrzehnten darstellte, wo das Parlament nicht mehr den Willen des Volkes repräsentiert.

Heute ist es ein offenes Geheimnis, daß Amerika an einem deutschen Verteidigungsbeitrag stark interessiert ist. Washingtoner Regierungskreise stellten in einem Kommentar zur Lage fest, daß ein deutsches „Nein“ zum Verteidigungsbeitrag entscheidende Änderungen in der strategischen Konzeption bewirken würde. (...) Es ist jedermann klar, daß die Amerikaner nicht uns verteidigen wollen, sondern ihre eigenen Interessen, die sich heute bis ins Herz Europas erstrecken. In diesem Zusammenhang muß auch die Frage gestellt werden, welche Garantie haben wir, daß Deutschland tatsächlich verteidigt wird. (...) Diese Ausführungen (...) sollen nicht abgeschlossen werden, ohne zum Kampf gegen diese Bestrebungen etwas zu sagen. Es ist zweifellos richtig, was Kollege Kummernuss, Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, anlässlich einer Jugendkonferenz sagte:

„Auf die Frage, was geschehe, wenn die Remilitarisierung durch Gesetz erlassen werden, sagte Kollege Kummernuss, er sei der Auffassung, daß die Einführung der Remilitarisierung durch Gesetz sehr wohl Anlaß zum Generalstreik sein könnte, ja sogar sein müßte. Aber man müsse sich davor hüten, bei jeder Gelegenheit mit dem Gedanken daran zu liebäugeln. Der Streik sei erst das allerletzte gewerkschaftliche Mittel. Häufig sei es so, daß diejenigen, die am lautesten nach einem Generalstreik riefen, bei einem Lohnstreik einen Krankenschein in der Hand hielten.“

Um aber einen solchen Kampf führen zu können, müssen noch verschiedene Voraussetzungen geschaffen werden. Zunächst kommt es darauf an, in aller Öffentlichkeit den entschlossenen Willen der Gewerkschaftsmitglieder zum Kampf gegen die Remilitarisierung zum Ausdruck zu bringen. Die Mannheimer Metallarbeiter haben den Weg gewiesen, indem sie zu großen Kundgebungen am Tage der Beratungen im Bundestag aufgerufen haben. (Mitteilungen der IG Metall, Febr. 1952)

Der Hauptausschuss für Volksbefragung Aufruf an alle Deutschen

Deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Jugend!
Unser Vaterland ist aufs neue vom Kriege bedroht. Gegen den Willen der friedliebenden Bevölkerung werden deutsche Militärverbände aufgestellt, wird die Rüstungsproduktion wieder in Gang gebracht. Dadurch werden der Frieden und die Zukunft unseres Volkes gefährdet.

Remilitarisierung ist heute schon wachsende Not und wird morgen Krieg und Vernichtung sein.

Von dieser Erkenntnis geleitet, beschlossen 1700 Delegierte im Namen von Millionen Deutschen am 28. Januar d.J. (1951! – E.Z.) auf dem Essener Kongress einstimmig, die Bundesregierung aufzufordern, eine Volksbefragung durchzuführen, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, auf Grund ihres demokratischen, verfassungsgemässen Rechts zu entscheiden, ob sie für oder gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages ist.

Eine dort gewählte Abordnung hat der Bundeskanzlei am Tage darauf in Bonn den beschlossenen Antrag überreicht.

Die Abmachungen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer mit General Eisenhower über die Durchführung einer Wiederaufrüstung waren eine klare Ablehnung dieses Anliegens der deutschen Bevölkerung.

Das deutsche Volk aber wird sich auf keinen Fall eine Wiederaufrüstung aufzwingen lassen, denn sie führt ins sichere Verderben.

Remilitarisierung bedeutet Krieg. Entmilitarisierung aber bedeutet Frieden und eine glückliche Zukunft. Da die Regierung gegen den Willen des Volkes und im schärfsten Widerspruch zu den demokratischen Grundrechten die Durchführung einer Volksbefragung ablehnt, muß das Volk selbst entscheiden. Jeder muss darum nach seinem Gewissen, nach seiner Verantwortung und aus seiner Liebe zu Deutschland folgende Frage mit „Ja“ beantworten:

Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?

In Übereinstimmung mit dem Willen aller Kreise und Schichten, die den Krieg ablehnen, fordern wir Unterzeichner des Aufrufs dazu auf, sofort mit der Vorbereitung der Volksbefragung zu beginnen.

Nehmt also überall in Aussprachen, Versammlungen und Beratungen zu dieser Aufgabe Stellung. Bildet sofort in allen Ländern, Kreisen, in Städten und Dörfern, Betrieben, Hochschulen und Verwaltungen Ausschüsse für Volksbefragung. Der Krieg bedroht alle Deutschen, ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, ohne Unterschied des Standes und Berufes. Daher muss auch das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Glaubens, der Weltanschauung und der Partei in den Ausschüssen für Volksbefragung vertreten sein. Alle friedliebenden Deutschen haben die Pflicht, überall solche Ausschüsse ins Leben zu rufen. Die Vertreter aller Schichten der Bevölkerung, die führenden Persönlichkeiten des politischen, gewerkschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens fordern wir auf, diesen Aufruf an das Gewissen der Nation durch ihre Unterschrift zu bekräftigen.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages, damit es ohne Besatzungstruppen und ohne Okkupationsbehörden über sein Schicksal selbst bestimmen kann.

Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages muss und wird zu einem grossen Sieg über den Krieg führen. Das deutsche Volk hat jetzt das Wort. In seiner Hand liegt eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung.

Generalstreik aller Fra

Darum geht es: Generalstreik um Lohnerhöhungen oder nicht mit Strafen umzuger streik, der die Männer voten soll. Eine politische die zur schärfsten Waffe Wann dieser Generalstreik Tag, an dem aus den Lau „Um den immer unerträgl ich ein Halt entgegenzust che einer friedlichen Regel ben sind, hat sich die Reg ...“, an dem Tag, an de Briefkasten liegen. Dann einmal geschossen, zerstör Wie dieser Generalstreik plötzlich lautlos aus uns frau macht plötzlich ke weder Mittag- noch Aber ungeordnet liegen, kein angenäht; die Telefonfräu Die Stenotypistin erschei Diktat, nimmt aber kein ihrem Chef entgegen: „W Bankier, kein Betriebsle die Wäscherin und Plättc und die Hände in den Scl den, der ein Brot kaufen senbahnschaffnerin, die 2 griff mehr, die Arbeiterin die Lehrerin schickt die Keine Operationsschwes Laborantin bricht die d hördenangestellte sitzt ge Männerschlange windet, antwortet nichts als nur

te mehr durchs Mikrofon auch tätig seid, sorgt, daß

ie? Oder genügt nur etwas ig dieses Streiks auf unser assen? Das gäbe eine Kata- die Männer jemals danach phen bringt? Kriege dauern icht länger als 50 oder 100 inen Krieg geben. Die Fraulche Macht in ihrer Hand Sie meinen: Das Ausland, könnte mit uns tun, was er jenseits der Grenzen Frau- um ihre Männer, Kinder re Frauen nichts vergessen Beklagen der Toten, vom nen Mann. Geben Sie ihnen unserem Beispiel folgen. In rinnen, Frauen, die Abteie n Sprachen der Welt durch renzen: „Wir streiken, wir unserem Beispiel!“ nigungen, deren Mitglieder , im Stadtrat, im Parlament ie halten Vorträge, erhalten n, sind Bürgermeister. Wa- rptaufgabe, diesen General- Die Herren Minister, Abge- , die Verantwortlichen in 1, daß ihnen diese Gefahr vander, das sie in der Welt mehr wissen als – zu schie-

sch, um die bisher schwei- felt zu mobilisieren? Dieses dieser Welt den reinen, so- des „Friede auf Erden“ für

Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

In diesen Tagen entscheidet der Bundestag über den sogenannten 'Verteidigungsbeitrag'. Wißt ihr, was das bedeutet?

Das bedeutet,

– daß ein Land, das angeblich kein Geld für die Erhöhung der Renten der Opfer des letzten Krieges hat, künftig 40 Milliarden für neue Soldaten ausgeben soll,

– daß eine Vereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten auf friedlichem Wege für lange Zeit unmöglich gemacht wird,

– daß eine Jugend, die schwerste Opfer brachte und das Grauen des letzten Krieges noch vor Augen hat, wieder marschieren soll, wenn die ewigen Kriegsgewinner, die auch am nächsten Krieg verdienen wollen, es für richtig halten.

Hat dieser Bundestag das Recht über eine solch schicksalshafte Frage zu entscheiden?

NEIN und abermals NEIN!

Deutsche Jugend denke daran, daß die Regierung, die Dich jetzt in Uniform stecken will, nichts getan hat, um für unser Volk und besonders für Dich Grundlagen einer wirklichen sozialen Gerechtigkeit im Staate zu schaffen! Noch gibt es keinen ausreichenden Jugendarbeitsschutz! Noch müssen unsere Kameraden, die im letzten Krieg ihre Gesundheit geopfert haben, ihren Rechtsanspruch mühsam erkämpfen. Noch sind 300 000 Jugendliche arbeitslos! Dennoch stehen wieder Kasernen für Dich bereit!

WIR RUFEN DICH ZUM WIDERSTAND

– gegen eine Politik der vollendeten Tatsachen

– gegen eine Politik der sozialen Reaktion

– gegen eine Politik, die nur den Generälen und Rüstungslieferanten Vorteile bringen wird.

Der Tag der Abrechnung mit dieser Politik wird kommen! Dann sei auch Du bereit und fordere Dein Recht!

21.2.1952 verantwortlich: Holger Börner, Bezirksverband Hessen Nord der Sozialistischen Jugend Deutschlands

Hannemann, geh du voran!

Einige junge Leute in Baden-Württemberg, die unter eine kommende Militärdienstpflicht fallen würden, haben an 50 Persönlichkeiten, die sich in öffentlichen Reden oder Presseartikeln für die Wiedereinführung der Militärdienstpflicht und gegen die „Ohne-mich“-Parole ausgesprochen haben, ein Schreiben geschickt, in dem es hieß:

„Jeder, der Maßnahmen empfiehlt, die (wie etwa der Militärdienst) tief in das Leben seiner Mitmenschen eingreifen und die ungeheuerlichsten Folgen haben können, muß bereit sein, für sich selbst kein besseres Schicksal zu verlangen, als er den anderen zgedacht hat. Wenn er z.B. die Einführung des Militärdienstes empfiehlt, muß er selbst bereit sein, Militärdienst zu leisten. Andernfalls würde kein Mensch Achtung vor ihm haben können. – Wir zweifeln nicht daran, daß Sie sich dieser sittlichen Konsequenzen bewußt waren, als Sie die öffentlichen Erklärungen abgaben. Aber wir befürchten, daß sie dazu führen kann, Verantwortungslose, die diese Konsequenzen nicht zu ziehen bereit sind, zu ähnlichen für die Öffentlichkeit folgeschweren Erklärungen zu ermutigen. Wir sind davon überzeugt, daß Sie, um dies zu vermeiden, eine weitere Erklärung abgeben würden, nach welcher Sie im Kriegsfall bereit wären, ohne Zögern Beruf, Amt und alles andere, was Sie vor einer persönlichen Teilnahme am Kriegsdienst bewahren könnten, aufzugeben. Für eine öffentliche Bestätigung wären wir dankbar.“

Das Ergebnis dieses interessanten „Tests“ verdient, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Unter den Angesprochenen befanden sich 14 Abgeordnete, 10 Minister und hohe Ministerbeamte, 4 Gewerkschaftsführer, 9 Schriftsteller, 8 katholische und protestantische Theologen und 5 Vorsitzende politischer Vereine. Die erbetene Erklärung gaben in Antwortschreiben nur 2 der angesprochenen Persönlichkeiten ab, und zwar Vizekanzler Dr. Franz Blücher, der schrieb: „Ebenso wie

ich als Infanterist an der Westfront viele Jahre meine Pflicht getan habe, würde ich sie auch heute noch ebenso selbstverständlich tun, wenn es eben um die sittliche Existenz unseres Volkes geht“, und ein Führer einer Parteiorganisation, der antwortete: „Da ich bisher keine Stellung habe, die mich zur Führung der beiden Buchstaben ‚u.k.‘ berechtigt, braucht es wohl keine langen Erklärungen. Ich versichere Ihnen aber gern, daß ich auch im Besitze einer solchen Stellung mich freiwillig melden würde.“ Ein süddeutscher Ministerpräsident dementierte in seinem Antwortschreiben die von ihm in der Presse gemeldete Erklärung über die Wehrpflicht. Sämtliche 47 anderen Empfänger des Schreibens, also 94 Prozent, antworteten entweder völlig ausweichend oder überhaupt nicht. Keiner von ihnen gab die erbetene Erklärung weder in einem Antwortbrief noch gar öffentlich ab.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich die jungen Wehrpflichtigen nach diesem Ergebnis ihre eigenen Gedanken über den Begriff „Ohne-mich“-Leute machten, zumal ihnen in dem „Memorandum der Bundesregierung zu den neuen Wirtschaftsmaßnahmen“ vom 11.4.1951 ein Satz besonders gut gefallen hatte. Er lautete: „Jeder muß sich bewußt sein, daß erst sein Opfer das dem anderen zugemutete Opfer tragbar macht.“ (Aus: Freiheitsbote, Marburg, März 1953)



nein! • darum:
Gesamtdeutsche Volkspartei
Dr. Heinemann, Helene Wessel **G.V.P.** Dr. Josef Wirth, Wilhelm Elfes



Philipp Müller, geboren am 5. April 1931 in Neuaußing, ermordet am 11. Mai 1952 in Essen, war ein Arbeiter und Kommunist. Er starb, als die Polizei in Essen auf die Demonstranten der Jugendkarawane gegen die bundesdeutsche Wiederbewaffnung schoss und neben ihm zwei weitere Teilnehmer schwer verletzte. Es war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass ein Demonstrant durch die Polizei getötet wurde.

Philipp Müller stammte aus einer katholischen Familie, lernte Schlosser, arbeitete im Eisenbahnausbesserungswerk Neu-Außing und war Gewerkschaftsmitglied. 1948 wurde er Mitglied der damals noch nicht verbotenen FDJ und 1950 der KPD. Er engagierte sich im *Sozialistischen Jungarbeiter Aktiv*, einem Münchener Bündnis aus Falken, Jusos, FDJ und antifaschistischen Gruppen.

Rund 30.000 Menschen hatten an der „Friedenskarawane der Jugend“ am 11. Mai 1952 in Essen teilgenommen – darunter vor allem Mitglieder der Falken, FDJ, Naturfreunde, Pfadfinder und von christlichen Jugendorganisationen, junge SozialdemokratInnen, KommunistInnen und GewerkschafterInnen. Mit Mannschaftswagen rast die Essener Polizei in den riesigen Demonstrationszug. Berittene Polizisten zerteilen die Menge und machen Jagd auf Menschen. Hunde werden auf junge Leute gehetzt und Uniformierte schlagen mit Gummiknüppeln oder lederumflochtenen Stahlruten wahllos Demonstranten-Köpfe blutig. Die Menschen weichen vor der bewaffneten Staatsmacht nur langsam zurück. Steine fliegen. Dann kommt der Befehl: „Revolver in die Hand, feuern!“ Mehrere junge DemonstrantInnen brechen schwer verletzt zusammen. Philipp Müller wird mit einer Kugel niedergestreckt, sie durchschlägt sein Herz und einen Lungenflügel. Er stürzt mit dem Kopf auf das Pflaster. Doch er lebt – noch. „Philipp wurde von Polizisten an seinen Beinen und Armen gepackt und wie ein Paket auf ein Polizeiauto geworfen“, erinnert sich Martin Löwenberg an jenen „Blutsonntag“ in Essen. Den Transport ins Krankenhaus hat der 21-jährige Münchner Eisenbahn-Gewerkschafter und Kommunist nicht überlebt. Er hinterließ einen fünf Monate alten Sohn und seine 21-jährige Ehefrau.

Foto: Beerdigung von Philipp Müller in Neu-Außing, auf der auch Martin Löwenberg eine Trauerrede hielt.

SERBIEN IN DIE KNIE ZWINGEN



Žeželjev-Brücke von Novi Sad, zerstört im Krieg 1999

Der Jugoslawienkrieg 1999

„Serbien muss in die Knie gezwungen werden“ forderte 1992 der deutsche Außenminister Klaus Kinkel. Am 24.3.1999 war es dann soweit: ohne UN-Mandat und somit völkerrechtswidrig griff Deutschland mit den restlichen NATO-Staaten einen souveränen Staat an. Zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts zerstörten deutsche Bomben den Balkan. Sie zerbombten Mahnmale und Gedenkstätten gegen den Hitlerfaschismus, zerstörten nahezu vollständig die Industriezentren in Belgrad, Novi Sad, Nis, Kragujevac.

- 35 000 Luftsätze
- 78 Bombennächte
- 1800 tote Zivilisten
- 422 Schulen und Kindergärten
- 19 Bahnhöfe
- 13 Flughäfen
- 82 Brücken und 110 Krankenhäuser

Wie verhielten sich die Gewerkschaften?

Die Führung

folgt der Regierung: Der DGB beruft sich auf die haltlose Rechtfertigung der SPD und Grünen Regierung eines Völkermordes und sieht die Bombardierung alternativlos.

Die Minderheit:

stellt sich gegen den Regierungskurs. Es sind nicht viele gewerkschaftliche Stimmen gegen den Angriffskrieg der NATO auf Jugoslawien, doch es gab sie wie z.B. acht Vertrauensleute von ABB-TUR Nürnberg oder einige Kollegen der GEW Hochschulgruppe im AStA der Universität München.

DGB zum Antikriegstag 1999: Nie wieder Krieg - Nie wieder Völkermord

„Nie wieder Krieg“ - am Ende dieses Jahrhunderts müssen wir erleben, dass diese alte Forderung der Deutschen Gewerkschaftsbewegung noch längst nicht verwirklicht ist. „Nie wieder Völkermord“ - erleben müssen wir auch, dass nach wie vor weltweit Menschenrechte mit den Füßen getreten werden, dass Völkervertreibung und Massenmord bittere Wirklichkeit sind.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund engagiert sich für die universelle Geltung der Menschenrechte, und wir wollen erreichen, dass ethnische, soziale, ökonomische und ökologische Konflikte auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden. Unsere Perspektiven sind die friedliche Verständigung der Völker und eine demokratische Ordnung der einzelnen Staaten wie auch der internationalen Völkergemeinschaft, die Kriege unmöglich macht.

Demokratie, Toleranz, menschliche Würde, friedlicher Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sind keine gesicherten Werte; sie müssen immer wieder neu erkämpft werden. Macht und Reichtum, Arbeits- und Lebenschancen sind noch zu ungleich verteilt, als dass auf einen Fortschritt ohne Krisen zu hoffen wäre. Um so wichtiger ist, dass Konflikte in zivilen Formen ausgetragen werden. Wir brauchen Regeln, die die Kontrahenten und Feinde zu Verhandlungen an einen Tisch bringen können. Wir brauchen Verfahren, die einen Ausgleich der Interessen herbeiführen können.

Der Kosovo-Krieg hat gezeigt, dass Bemühungen um die friedliche Beilegung von Konflikten an Grenzen stoßen können. Alle Versuche in Rambouillet und Paris, die serbische Staatsführung auf dem Verhandlungsweg zum Einlenken zu bewegen, scheiterten an der Haltung der serbischen Staatsregierung. **Die Nato griff ein, weil die Völkervertreibung und der Massenmord durch Verhandlungen nicht gestoppt werden konnten.**

Der NATO-Einsatz im Kosovo-Krieg darf aber keine grundsätzliche Abkehr vom Vorrang friedlicher Konfliktlösungen bedeuten. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um durch einen politischen und wirtschaftlichen Stabilitätspakt für einen dauerhaften Frieden auf dem Balkan zu sorgen. Wir erwarten von der Bundesregierung aber auch, ihr politisches Gewicht zu Gunsten von internationalen Regeln in die Waagschale zu werfen, um Gewalt und Krieg so weit wie nur eben möglich auszuschließen. Hierzu gehört, die Vereinten Nationen so zu stärken, dass sie als allgemein respektierte Weltorganisation zu Gunsten eines friedlichen Zusammenlebens der Völker, der Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe handeln kann.

An die
Bundestagsfraktion von SPD und
Bündnis '90 / Die Grünen
Bundeskanzler Gerhard Schröder
Außenminister Josef Fischer, „Verteidigungs-“ minister R. Scharping
Wir sind enttäuscht und empört über die Entscheidung der neuen Bundesregierung und der Koalitionsparteien, die Bundeswehr im Rahmen der NATO am Krieg gegen Jugoslawien zu beteiligen.
Wir hatten darauf gesetzt, daß die neue Regierung auch neue Akzente in der Außenpolitik setzt. Denn schließlich hat sie ihr Amt unter der Losung angetreten: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.“
Das Gegenteil ist der Fall.
Die Bundesregierung ist daran beteiligt, daß in Europa zum ersten mal Ende des Zweiten Weltkriegs ein souveräner Staat überfallen wird.
WEDER Deutschland noch ein NATO-Verbündeter wurde von Jugoslawien angegriffen oder bedroht und trotzdem wird Krieg gegen Jugoslawien geführt.
Die Bomben auf Belgrad werden nicht zum friedlichen Zusammenleben der Völker beitragen, sondern eine weitere Eskalation, weitere Greuel, weitere Verstümmelte und Tote nach sich ziehen. Nationalismus, Chauvinismus und Separatismus werden damit ermutigt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist dafür mitverantwortlich
Wir fordern Sie auf:
Beenden Sie **sofort** die Bombardierung Jugoslawiens und fördern Sie die Suche nach friedlichen, politischen Verhandlungslösungen.
Beenden Sie **sofort** die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg der NATO gegen den souveränen Staat Jugoslawien.
Acht Kollegen des VK haben diese Resolution namentlich unterschrieben.



2001: Diese Frage stellten uns Gewerkschafter und Aktive verschiedener Organisationen.

DGB zum Antikriegstag 1999: Nie wieder Krieg - Nie wieder Völkermord

"Nie wieder Krieg" - am Ende dieses Jahrhunderts müssen wir erleben, dass diese alte Forderung der Deutschen Gewerkschaftsbewegung noch längst nicht verwirklicht ist.

"Nie wieder Völkermord" - erleben müssen wir auch, dass nach wie vor weltweit Menschenrechte mit den Füßen getreten werden, dass Völkervertreibung und Massenmord bittere Wirklichkeit sind.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund engagiert sich für die universelle Geltung der Menschenrechte, und wir wollen erreichen, dass ethnische, soziale, ökonomische und ökologische Konflikte auf zivilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden. Unsere Perspektiven sind die friedliche Verständigung der Völker und eine demokratische Ordnung der einzelnen Staaten wie auch der internationalen Völkergemeinschaft, die Kriege unmöglich macht.

Demokratie, Toleranz, menschliche Würde, friedlicher Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sind keine gesicherten Werte; sie müssen immer wieder neu erkämpft werden. Macht und Reichtum, Arbeits- und Lebenschancen sind noch zu ungleich verteilt, als dass auf einen Fortschritt ohne Krisen zu hoffen wäre. Um so wichtiger ist, dass Konflikte in zivilen Formen ausgetragen werden. Wir brauchen Regeln, die die Kontrahenten und Feinde zu Verhandlungen an einen Tisch bringen können. Wir brauchen Verfahren, die einen Ausgleich der Interessen herbeiführen können.

Der Kosovo-Krieg hat gezeigt, dass Bemühungen um die friedliche Beilegung von Konflikten an Grenzen stoßen können. Alle Versuche in Rambouillet und Paris, die serbische Staatsführung auf dem Verhandlungsweg zum Einlenken zu bewegen, scheiterten an der Haltung der serbischen Staatsregierung. **Die Nato griff ein, weil die Völkervertreibung und der Massenmord durch Verhandlungen nicht gestoppt werden konnten.**

Der NATO-Einsatz im Kosovo-Krieg darf aber keine grundsätzliche Abkehr vom Vorrang friedlicher Konfliktlösungen bedeuten. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um durch einen politischen und wirtschaftlichen Stabilitätspakt für einen dauerhaften Frieden auf dem Balkan zu sorgen. Wir erwarten von der Bundesregierung aber auch, ihr politisches Gewicht zu Gunsten von internationalen Regeln in die Waagschale zu werfen, um Gewalt und Krieg so weit wie nur eben möglich auszuschließen. Hierzu gehört, die Vereinten Nationen so zu stärken, dass sie als allgemein respektierte Weltorganisation zu Gunsten eines friedlichen Zusammenlebens der Völker, der Achtung der Menschenrechte und der humanitären Hilfe handeln kann.

Der Krieg gegen Jugoslawien und die Arbeitersolidarität

„Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen NEIN!“ (K. Tucholsky)

Deutschland im Angriffskrieg gegen Jugoslawien: die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stimmt zu, nimmt's hin, geht zur Tagesordnung über – von Solidarität deutscher Arbeiter und Gewerkschaften mit den Angegriffenen, mit ihren Klassenbrüdern in diesem Balkanland, denen hightech-mäßig das (Lebens-) Licht ausgeblasen und die Arbeitsplätze in Schutt und Asche gelegt werden, keine Spur? Die deutsche Arbeiterbewegung geschlossen hinter „ihrer“ Regierung? Mit der Sozialdemokratie und Olivgrün für „Menschenrechte“ und „neue Weltordnung“?

Die Medien – „freiwillige Kriegskontrolle“ betreibend, als hätten sie nie etwas anderes getan – ließen kaum einen anderen Eindruck zu.

Und doch, es gab auch eine andere Seite in dieser scheinbar „volksgemeinschaftlichen“ Kriegsatmosphäre in unserem Land: nicht nur die PDS mit ihrer konsequenten Ablehnung, nicht nur die kleinen, aber aktiven Antikriegsbündnisse an vielen Orten, die Ostermärsche ... – es gab sie auch, zwar nicht weithin hörbar, dafür aber zahlreich (und z.B. im Internet abrufbar): Stimmen aus der Arbeiterklasse, Resolutionen aus Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen, Stellungnahmen von klassenbewußten Kolleginnen und Kollegen.

Ganz sicher waren sie alle in der begrenzten, meist örtlichen Öffentlichkeit heiß umstritten, oft in scharfer Auseinandersetzung mit Kriegsbefürwortern in den eigenen Reihen mühsam durchgesetzt worden, wie z.B. die Stellungnahme des **DGB-Kreisvorstandes der Region Aachen**.

Schluß mit dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien!

Deutsche Truppen raus aus Jugoslawien!

Für die bedingungslose Anerkennung des Völkerrechts und der Charta der UN!

Wir, der Kreisvorstand des DGB-Kreis Region Aachen, lehnen den Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ab.

Kein Verbrechen kann ein anderes rechtfertigen, auch ethnische Säuberungen nicht. Die Völker Jugoslawiens brauchen Hilfe, keine Bomben ...

Auch der Hinweis auf das faschistische Deutschland rechtfertigt den Krieg gegen die BR Jugoslawien nicht. Denn es besteht ein entscheidender Unterschied: Das faschistische Deutschland hat andere Völker überfallen. Die BR Jugoslawien nicht.

Die Lehren des Kampfes gegen Deutschland und die Achsenmächte des 2. Weltkriegs fanden ihren Niederschlag in der Charta der Vereinten Nationen ...

Der DGB Aachen ist davon überzeugt, daß das Leid der Menschen im Kosovo durch den Krieg nicht kleiner wurde, sondern größer. Unschuldige Menschen in Jugoslawien leiden und sterben - durch die Bomben der NATO.

Die zivilen Zerstörungen der gesamten BR Jugoslawien werfen diesen Staat und die Gesamtheit seiner Bewohner um Jahrzehnte zurück. Die Grundlagen eines friedlichen Miteinander der Völker Jugoslawiens werden dadurch noch mehr erschüttert. Wir fragen uns mittlerweile ernsthaft, ob das das eigentliche Ziel der Bombardierung ist oder nur ungewolltes, aber in Kauf genommenes Nebenprodukt.

Deutschland hat zweimal in diesem Jahrhundert einen Weltkrieg begonnen. Zweimal wurden deutsche Soldaten mißbraucht für Interessen, die nicht die ihren waren.

In großer Sorge, daß weiterhin deutsche Soldaten in einen Krieg geschickt werden, wo sie nicht das eigene Land verteidigen, sondern für Interessen kämpfen, die möglicherweise erst später erkennbar sind, verlangen wir den sofortigen Stopp der Bombardierung Jugoslawiens und die bedingungslose Anerkennung der Charta der Vereinten Nationen in Wort und Tat.

Denn Farbe zu bekennen gegen die herrschende Meinung war und ist nicht leicht in diesem Deutschland mit seinem Drang nach Neuauftteilung der Welt, der „humanitär“ verpackt, aber NATO-oliv (demnächst in WEU-Tarnfarben) daherkommt und vom Kriegs- und Friedenstrio Schröder-Fischer-Scharping dem Volk um die Ohren gehauen wurde und wird.

So ist es auch zu erklären, daß unter zahlreichen Appellen an die Bundesregierung zur Beendigung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien nur wenige zu finden sind, die die imperialistischen Kriegstreiber kritisieren bzw. angreifen und die eigentlichen Gründe ihres Tuns benennen. Dafür aber eine ganze Reihe, die den Kriegshetzern auf den Leim geht indem sie ihren scheinbar friedensbewegten Forderungen das **Aber** des „Wir verurteilen an erster Stelle“ oder „Wir verurteilen in gleicher Weise das Milosevic-Regime und dessen ethnischen Völkermord im Kosovo ...“ voranstellt.

Stellvertretend für eindeutige Antikriegspositionen wie sie v.a. von Vertrauensleuten und Betriebsräten (z.B. von ABB-TUR in Nürnberg, von Siemens, von Haldex in Heidelberg) bezogen wurden, soll hier aus dem Aufruf der IG Metall Vertrauensleute bei GHH Borsig Turbomaschinen GmbH, Oberhausen zitiert werden, der überschrieben ist „**Arbeiter dürfen nicht auf Arbeiter schießen!**“ und in dem es u.a. heißt:

„Einen Krieg aus humanitären Gründen gibt es nicht. Hier geht es um das neue NATO-Konzept, wonach dieses militärische Bündnis auch ohne UNO-Auftrag auf der ganzen Welt militärisch eingreifen kann, wenn ‚seine vitalen Interessen‘ berührt sind“ ... „Als Mitglieder und Funktionäre der IGM vertreten wir den grundsätzlichen Standpunkt der Gewerkschaftsbewegung: **Arbeiter dürfen sich nicht gegeneinander in den Krieg hetzen lassen!**“

Und nachdem sie ihre Erwartung ausgedrückt haben, daß sich die IG Metall ebenfalls eindeutig für den sofortigen Stopp der Militäreinsätze von Bundeswehr und NATO gegen die Völker in Jugoslawien ausspricht, fahren sie fort: „In Griechenland findet seit dem 2. April jeden Tag in einer anderen Stadt um 12 Uhr ein Vollstreik gegen den Krieg statt. Das ist ein richtiges Signal für die internationale Arbeiterbewegung. Internationale Arbeitereinheit ist stärker als Krieg, Vertreibung und Völkermord!“

Neben Stellungnahmen aus der IG Metall (wobei besonders die der Verwaltungsstelle Frankfurt a. Main und die der IGM-Jugendkonferenz in Sprockhövel hervorzuheben ist), wenigen aus der ÖTV, HBV und einer ganzen Reihe aus der Gewerkschaft IG Medien, haben lokale Aufrufe von Gewerkschaftern verschiedener Branchen oder der bundesweite Aufruf „NATO-Angriffe sofort beenden“ (mit mehr als 10.000 Unterschriften) eine breite Resonanz erfahren.

Auf DGB-Ebene ist neben der Erklärung aus Aachen noch die der öffentlichen Ortskartellversammlung von Berlin-Tempelhof/Schöneberg erwähnenswert.

Es ist sicher nicht zufällig, daß mit der „Basisnähe“ der Stellungnahmen auch ihre klassenmäßige Klarheit wächst. Oder anders ausgedrückt: je weiter oben im gewerkschaftlichen Funktionsapparat (Ausnahmen s.o.), um so mehr lavieren die sozialdemokratischen Amtsinhaber herum, um die Unmöglichkeit des Für und Gegen den Krieg gleichzeitig aufs Papier zu bringen.

Besonders hervorgetan haben sich hier - in Anlehnung an ihren „großen Vorsitzenden“ – die DGB-Kreisvorstände Münster, Hannover, Nürnberg und Thüringen. So heißt es in der Nürnberger Erklärung an erster Stelle(!): „Wir verurteilen die Eskalation des Terrors, den Völkermord sowie die Vertreibung der albanischen Bevölkerungsmehrheit aus der jugoslawischen Teilrepublik Kosovo. Wir fordern deshalb die jugoslawische Staatsführung auf, alle militärischen und paramilitärischen Aktionen im Kosovo gemäß der Resolution 1199 des UN-Sicherheitsrates einzustellen. Wir erwarten von allen Beteiligten die Bereitschaft auf der Basis der Friedensbewegung von Rambouillet nach einer tragfähigen Lösung eines friedlichen Miteinander zu suchen.“ Erst dann wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Einstellung des Luftkrieges einzusetzen. An anderer Stelle heißt es aber: „Die NATO engagiert sich für die Menschenrechte der Kosovaer“ und zum Schluß dann, die Bundesregierung solle „ihre Friedensinitiative(!) für den Kosovo fortsetzen...“

Auf ähnlich traurigen Pfaden wandeln auch die Vorstände der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), die Resolution des Gewerkschaftstages der GEW am 18./19. Mai 1999 und die Deutsche Postgewerkschaft Regionalverwaltung Freiburg.

Arbeitersolidarität ist in erster Linie praktische Solidarität und sie ist international. Das hat z.B. eine Gruppe von Kollegen aus der IG Medien, der IG Metall, der GEW und aus dem Chemiebereich bewiesen, die Ende Mai Novi Sad, Belgrad, Kragujevac, Nis und Aleksinac in Jugoslawien besuchte. (Obwohl geplant, verzichteten sie wegen des Dauerbombardements und des Bürgerkrieges darauf, direkt in den Kosovo zu fahren). Dort haben sie Betriebe aller Art, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Arbeiterwohngebiete, TV-Stationen und die Gedenkstätte in Kragujevac besucht und unzählige Gespräche mit der Bevölkerung, mit Kolleginnen und Kollegen aus Betrieben geführt.

Die BRD-Gewerkschafter sind mit Vertretern der jugoslawischen Einzelgewerkschaften zusammengetroffen ebenso wie mit Kolleginnen und Kollegen aller Ebenen des serbischen Gewerkschaftsbundes und Vertretern sog. unabhängiger

Gewerkschaften. Und sie haben ihren vom NATO-Krieg geschundenen Klassenbrüdern versprochen, in Deutschland dafür zu sorgen, daß sie nicht vergessen werden und ihnen wirkliche humanitäre Unterstützung zu Teil wird.

Ebenfalls ein Zeichen internationaler Solidarität setzten die IGM Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder der Fa. Haldex, Heidelberg in einem Brief an den serbischen Gewerkschaftsbund und die Vereinigung Unabhängiger Gewerkschaften, indem sie den Kolleginnen und Kollegen dort ihr Mitgefühl und ihre Unterstützung versicherten.

(Es ist dagegen bis heute nicht bekannt, daß sich DGB-Führungsgremien oder Einzelgewerkschaftsvorstände offiziell an ihre jugoslawischen oder serbischen Partnerorganisationen gewendet hätten. Nichts kann – neben solchen vaterländischen Ergebenheitsadressen, wie die des DGB-Vorsitzenden Schulte – die Verkommenheit sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer deutlicher vor Augen führen als die Tatsache, daß sie statt Schulterschluß den jugoslawischen Kollegen höchstens einen Arschtritt zu bieten haben!)

Was bleibt unterm Strich?

Die deutsche Arbeiterbewegung blieb in diesem Krieg nicht so stumm und demütig gegenüber den herrschenden Kriegstreibern, wie diese das gern gesehen hätten. Der Protest gegen den Krieg aus ihren Reihen, der aufklärerische Widerstand in der antimilitaristischen Tradition der Arbeiterbewegung, hat aber noch nicht dazu gereicht, den großdeutschen Kriegstreibern, Kriegsgewinnlern, Kriegsstrategen spürbar Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Trotzdem ist es wichtig zu erkennen, daß eine Differenzierung in der Arbeiterbewegung begonnen hat: zwischen denen, die am Beispiel des Krieges den deutschen Imperialismus zwar leicht kritisieren (z.B. wegen der scheinbar wahllosen Bombardierungen), sein Vorgehen aber insgesamt dulden, ja ihn damit unterstützen, weil sie seinen Kriegsvorwand „Milosevic“ übernehmen – und den Kolleginnen und Kollegen, die erst gar nicht in diese imperialistische Kriegssuppe eintauchen, sondern die sagen, hier wird ein Angriffs-, ein Eroberungs-, ein Vernichtungskrieg gegen die Völker Jugoslawiens und ihre Lebensgrundlagen geführt. Und den Arbeitern, den Menschen dort gilt unsere Solidarität. Basta! Damit bringen diese Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck, um was es ihnen letztlich geht: *„Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein...!“* Nämlich einig darüber, daß es die Sache der Völker ist, **wie** und **mit wem**, d.h. auch mit welcher Regierung man dem gemeinsamen Feind, dem Imperialismus (ob unter USA-, BRD- oder einer anderen Flagge) entgegentritt und für eine bessere Zukunft kämpft.

Jetzt - in diesem „deutschen Frieden“, der schon das Vorspiel zur nächsten „humanitären“ Agression mit deutscher Beteiligung sein kann – gilt es, die Schritte mutiger, klassenbewußter Kolleginnen und Kollegen weiter zu verfolgen, und dort, wo in Betrieb und Gewerkschaft in unserem Land das zarte Pflänzchen der Kritik an der herrschenden Politik die ersten Blätter geschlagen hat, kräftig zu düngen. Das heißt die Auseinandersetzung darüber fortzuführen, was unsere Interessen als Arbeiter und Angestellte sind und welche die der Gegenseite: nämlich dem grenzenlosen Profitstreben unter dem jeweils geeignetsten Deckmäntelchen (heute: *„humanitäre Katastrophe verhindern ...“*) jederzeit mit Krieg gegen die Arbeiter und Völker anderer Länder den Weg frei zu machen.

Kommunistische Arbeiterzeitung Nr. 293, August 1999

Der Terror des Krieges

Der Überfall auf Jugoslawien und die Eroberung Südosteuropas

180 Seiten, 14 x 21 cm, 2000, EUR 12,90 ISBN 978-3-00-005809-7

Der Überfall auf Jugoslawien und die Eroberung Südosteuropas. Dokumentation einer Veranstaltung der ASten Uni Bonn und der FH Koblenz im Mai 1999.

Mit Beiträgen von Hans Rüdiger Minow, Martin Bennhold, Stefan Eggerdinger, Wolfgang Dreßen, Horst-Eberhard Richter, Wolfgang Beutin, Jutta Ditfurth, Thomas Becker, Tobias Pflüger, Samuel Salzborn, Karlheinz Deschner, Hans Wollschläger, Christopher Black, Ramsey Clark, Mirjana Declair, John Laughland, Slavenko Terzic.

Der Überfall auf Jugoslawien und die Eroberung Südosteuropas

Mit Beiträgen von:
Hans-Rüdiger Minow
Martin Bennhold
Stefan Eggerdinger
Wolfgang Dreßen
Horst-Eberhard Richter
Wolfgang Beutin
Jutta Ditfurth
Thomas Becker
Tobias Pflüger
Samuel Salzborn
Karlheinz Deschner
Hans Wollschläger
Christopher Black
Ramsey Clark
Mirjana Declair
John Laughland
Slavenko Terzic

Der Terror des Krieges

Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung

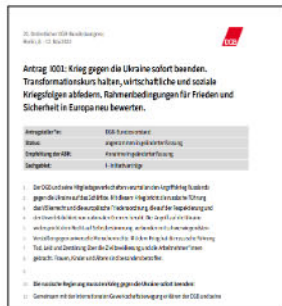
KRIEGSTÜCHTIG WERDEN...



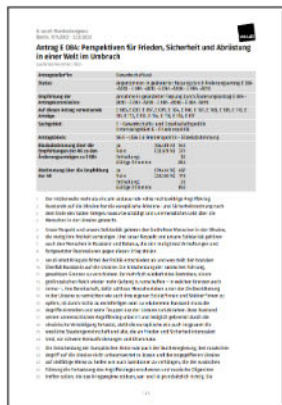
Wie verhalten sich die Gewerkschaften?

Die Führung der Gewerkschaften

DGB Der DGB Bundesvorstand bringt auf dem Bundeskongress Mai 2022 nebenstehenden Initiativantrag ein. Damit wird das JA zu Waffenlieferungen und JA, ABER... zur Aufrüstung beschlossen.



ver.di Frank Werneke bringt in den Gewerkschaftsrat den Antrag (E 84) ein, mit dem das JA für Waffenlieferungen und die Aufrüstung der Bundeswehr nach Bedarf auf dem Bundeskongress im September 2023 beschlossen werden soll. Nach heftiger Debatte wird der Antrag angenommen.



IG Auf dem IGM-Gewerkschaftstag Oktober 2023 wird das JA zu Waffenlieferungen beschlossen.

Im Januar 2024 wird in den gemeinsamen Leitlinien mit dem Wirtschaftsforum der SPD und dem Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie das JA zum 100 Milliarden-Euro-Programm („Sondervermögen“) und für eine „leistungsfähige nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ verkündet.



Die Minderheit?

Die online-Petition gegen den Antrag E 84 auf dem ver.di-Bundeskongress wird von ca. 12.000 Kolleginnen und Kollegen unterzeichnet (bis 24.4.2024: 20 882). Mit Aktionen vor und in dem Bundeskongress wird um das NEIN zu Waffenlieferungen und Aufrüstung gekämpft.



1. Mai 2022: Tafelreihe „NEIN zu Waffenlieferungen und Aufrüstung Hoch die Streiks in Italien und Griechenland“



17. Juni 2023: Jugendaktion gegen den Tag der Offenen Tür der Bundeswehr – die ver.di-Jugend München war Mitaufreuer.



Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

4.3.2024: Gewerkschafter*innen initiieren diesen Aufruf:

„Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung.“

235 Auch ist für besonders Vermögende eine Lastenausgleichsabgabe in den Blick zu nehmen.
236 Überdies erwarten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften angesichts des enormen
237 Investitionsbedarfs für die Transformation und der immensen Folgekosten des Ukraine-
238 Krieges, dass die bestehende Ausnahmeregelung zur Schuldenbremse nicht 2023 ausläuft,
239 sondern entfristet wird. Zusätzlich müssen auf europäischer Ebene die Möglichkeiten
240 einer Kreditfinanzierung staatlicher Aufgaben erweitert werden.

241

242 **Die Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten**

243 Mit dem Angriff auf die Ukraine demontiert die russische Führung gezielt die
244 europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Nach über zwanzig Jahren herrscht
245 wieder Krieg in Europa. Dieser Rückfall in eine Politik der militärischen
246 Konfrontation zwingt uns zu der Auseinandersetzung mit der Frage, welche Architektur
247 wir künftig für eine dauerhaft stabile europäische und internationale Sicherheits-
248 und Friedensordnung brauchen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich
249 auch im Rahmen ihrer internationalen und europäischen Organisationen aktiv in die
250 Debatte zu dieser Frage einbringen.

251 Der Ukraine-Krieg führt uns vor Augen, dass wir dabei nicht einfach an sicher
252 geglaubten Gewissheiten festhalten können. Selbstkritisch müssen wir feststellen,
253 dass wir uns mit einem zunehmend diktatorisch agierenden russischen Regime und seinen
254 Großmachtansprüchen auseinandersetzen müssen. Wir sollten aber auch das
255 sicherheitspolitische Verständnis der westlichen Staatengemeinschaft gründlich
256 reflektieren.

257 Die geopolitischen Machtkonstellationen verschieben sich bereits seit einigen Jahren
258 grundlegend. Wir müssen dabei auch erleben, wie fragil globale Lieferketten sein
259 können und wie dringend wir in Europa auf widerstandsfähige Infrastrukturen und
260 Wertschöpfungsketten angewiesen sind, um insbesondere bei kritischen Gütern und
261 Schlüsseltechnologien unabhängiger zu werden. Auch um langfristig eine sichere
262 Energieversorgung zu gewährleisten, brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit in
263 Europa.

264 Die negativen Auswirkungen einseitiger Abhängigkeiten in sicherheits-, handels- und
265 energiepolitischen Fragen sollten spätestens durch die Corona-Krise und den Ukraine-
266 Krieg offenkundig geworden sein. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten
267 daher für eine strategisch souveräne Europäische Union ein, die sich politisch und
268 wirtschaftlich als eigenständiger Akteur in einer grundlegend veränderten Welt
269 behaupten kann. Dafür müssen im Rahmen der Europäischen Union bestehende Instrumente
270 wie die ständige strukturierte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten genutzt,
271 Mehrheitsentscheide im Ministerrat ausgeweitet und weitere Instrumente der vertieften
272 Zusammenarbeit geprüft werden.

273 Wir setzen uns für eine Europäische Union ein, deren Politik als Wertegemeinschaft
274 nach innen und außen auf der Überzeugung gründet, dass Demokratie,
275 Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Völkerrecht nicht zur Disposition

276 gestellt werden dürfen. Die gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur muss von
277 diesem Wertefundament getragen werden. Deutschland ist gefordert, als wesentlicher
278 Akteur an ihr mitzuarbeiten. Auch wir Gewerkschaften leisten durch unsere
279 transnationale Arbeit einen wichtigen Beitrag dazu.

280 Daraus folgt auch die Notwendigkeit einer wesentlich engeren Abstimmung friedens-,
281 sicherheits- und verteidigungspolitischer Anstrengungen auf europäischer Ebene. Wie
282 diese aussehen müssen, lässt sich derzeit nicht abschließend beantworten. Der Aufbau
283 einer stabilen Architektur für Frieden und Sicherheit sollte vielmehr Gegenstand
284 einer breiten öffentlichen Diskussion sein, an der sich auch die Gewerkschaften
285 maßgeblich beteiligen. Dabei sollten neben der Rolle der Europäischen Union, der
286 transatlantischen Allianz und der Vereinten Nationen ebenso Formate und Institutionen
287 wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in den Blick
288 genommen werden. Auch unter Verweis auf das sicherheitspolitische Weißbuch der
289 Bundesregierung und den „Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung“ der
290 EU sprechen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für einen erweiterten
291 Sicherheitsbegriff aus, der nicht ausschließlich auf militärische Bedrohungsszenarien
292 abstellt, sondern weit darüber hinaus geht, indem er auch Gefährdungen der
293 Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien, der
294 Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung sowie die Auswirkungen des
295 Klimawandels und globaler Pandemien berücksichtigt.

296 Wir werden uns in der friedens- und sicherheitspolitischen Debatte auch schwierigen
297 und kontroversen Fragen stellen müssen, etwa nach den Grenzen und Kriterien für
298 Waffenlieferungen, unseren Anforderungen an einen gesetzlichen Rahmen für die
299 Rüstungsexportkontrolle oder nach unserer Haltung zu zivil-militärischen und
300 friedenssichernden Missionen.

301 In Deutschland hat der Ukraine-Krieg eine Debatte über die zukünftige Ausrichtung und
302 Ausrüstung der Bundeswehr ausgelöst. Ohne Frage steht die deutsche Bundesregierung in
303 der Verantwortung, einen substantiellen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit im Rahmen
304 der NATO und der EU zu leisten. Wir treten für eine Bundeswehr ein, die ihrem
305 grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann.

306 Allerdings fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Bundesregierung
307 zugleich auf,

- 308 • nicht an der von ihr angekündigten Absicht festzuhalten, den deutschen
309 Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber
310 hinaus aufzustocken. Diese Festlegung sowie eine Verankerung des Zwei-Prozent-
311 Ziels im Grundgesetz lehnt der DGB ab. So notwendig kurzfristige Maßnahmen sind,
312 um die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr wiederherzustellen, so erforderlich ist
313 eine substantielle politische und gesellschaftliche Debatte, wenn es um
314 Entscheidungen über die langfristige Ausrichtung der deutschen, europäischen und
315 transatlantischen Sicherheitspolitik und die dafür zu schaffenden
316 Voraussetzungen geht. Überdies wird die Frage, wie viele Mittel in welche

317 Instrumente zur Friedenssicherung und zur Verteidigung unserer Demokratie
318 fließen müssen, immer wieder neu zu bewerten sein. Davon abgesehen erwarten wir,
319 dass die Finanzierung der militärischen Friedenssicherung weder zulasten der
320 dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische
321 Transformation noch zulasten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaats geht.

- 322 • den Einsatz zusätzlicher Mittel für die notwendige Ausstattung der Bundeswehr so
323 zu gestalten, dass das Ziel einer Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung
324 in einem umfassenden Sinne erreicht wird, einschließlich zivilmilitärischer
325 Instrumente der Konfliktprävention, etwa der Cyberabwehr. Trotz aller gebotenen
326 Dringlichkeit gilt es, über die Beschaffung von Rüstungsgütern entlang konkreter
327 Defizite und Bedarfe für eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit zu entscheiden.
328 Zudem ist die Behebung der Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr keineswegs
329 ausschließlich eine Frage des Geldes. So würde schon die Beseitigung der
330 gravierenden Mängel im Beschaffungswesen wesentliche Verbesserungen bringen.
331 Eine Orientierung an abstrakten Summen, wie bei dem geplanten Sondervermögen für
332 die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro, ist daher nicht sinnvoll und wird vom
333 DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften kritisch beurteilt. Darüber hinaus müssen
334 die bereits erhöhten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und für die
335 Konfliktprävention künftig mindestens der Dynamik der Ausgaben für Verteidigung
336 folgen, um eine Unwucht in den politischen Zielen und Instrumenten
337 auszuschließen.
- 338 • zu dem Ziel einer allgemeinen und weltweit kontrollierten Abrüstung
339 zurückzukehren. Es muss alles getan werden, um die neue Politik militärischer
340 Konfrontation zurück zu drängen und einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf zu
341 verhindern.

342 Wir treten für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen ein. Wir lehnen die nukleare
343 Teilhabe Deutschlands ab. Wir treten dafür ein, dass die Lagerung von Atomwaffen in
344 Deutschland endlich beendet wird.

345 Frieden gibt es nur durch Völkerverständigung und gemeinsame Sicherheit. Es geht um
346 unser aller Zukunft. Nur wenn es uns gelingt, zumindest den Frieden in Europa
347 wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern, werden wir die gewaltige Herausforderung
348 bewältigen, vor der wir stehen – den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen
349 durch die erfolgreiche Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation.

350 Gleichzeitig gilt: Wir müssen diese Herausforderung gemeinsam bewältigen, wenn wir
351 auch künftigen Generationen ein Leben in Frieden und Sicherheit ermöglichen wollen.

Antrag E 084: Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch

Laufende Nummer: 1003

Antragsteller*in:	Gewerkschaftsrat
Status:	Angenommen in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084 -Ä002 · E 084 -Ä003 · E 084 -Ä008 · E 084 -Ä010
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084 -Ä002 · E 084 -Ä003 · E 084 -Ä008 · E 084 -Ä010
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	E 085, E 087, E 097, E 099, E 104, E 106, E 107, E 108, E 109, E 110, E 111, E 112, E 113, E 114, E 115, E 116, E 117
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Friedenspolitik
Antragsblock:	SG E - USG E.6 Friedenspolitik - Einzelabstimmung
Blockabstimmung über die Empfehlungen der AK zu den Änderungsanträgen zu E 084	Ja: (66.381 %) 543 Nein: (33.619 %) 275 Enthaltung: 38 Gültige Stimmen: 856
Abstimmung über die Empfehlung der AK	Ja: (79.444 %) 657 Nein: (20.556 %) 170 Enthaltung: 26 Gültige Stimmen: 853

- 1 Der mittlerweile mehr als ein Jahr andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg
2 Russlands auf die Ukraine hat die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung nach
3 dem Ende des Kalten Krieges massiv beschädigt und unermessliches Leid über die
4 Menschen in der Ukraine gebracht.
- 5 Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine,
6 die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere Solidarität gehören
7 auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig trotz Verhaftungen und
8 fortgesetzter Repressionen gegen diesen Krieg stellen.
- 9 ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und verurteilt den brutalen
10 Überfall Russlands auf die Ukraine. Die Entscheidung der russischen Führung,
11 gewaltsam Grenzen zu verschieben, ihr mehrfach wiederholtes Bestreben, einem
12 großrussischen Reich wieder mehr Geltung zu verschaffen – in welchen Grenzen auch
13 immer –, ihre Bereitschaft, dafür zahllose Menschenleben unter der Zivilbevölkerung
14 in der Ukraine zu vernichten wie auch ihre eigenen Soldat*innen und Söldner*innen zu
15 opfern, ist durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren: Russland muss die
16 Angriffe einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Dass Russland
17 seinen unmenschlichen Angriffskrieg unbeirrt und lediglich gebremst durch die
18 ukrainische Verteidigung fortsetzt, stellt die europäische wie auch insgesamt die
19 westliche Staatengemeinschaft und alle, die an Frieden und Sicherheit interessiert
20 sind, vor schwere Herausforderungen und Dilemmata.
- 21 Die Entscheidung der Europäischen Union wie auch der Bundesregierung, den russischen
22 Angriff auf die Ukraine nicht unbeantwortet zu lassen und der angegriffenen Ukraine
23 auf vielfältige Weise zu helfen wie auch Sanktionen zu verhängen, die der russischen
24 Führung die Fortsetzung des Angriffskrieges erschweren und russische Oligarchen
25 treffen sollen, die das Kriegsregime stützen, war und ist grundsätzlich richtig. Die

26 Sanktionen müssen dabei zielgenau sein, ihre Einhaltung konsequent überwacht, die
27 Wirksamkeit überprüft und evaluiert und sie müssen gegebenenfalls angepasst werden.
28 Die aktuellen Sanktionen werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Dies liegt auch
29 daran, dass die Vermögensverhältnisse in Europa so intransparent sind, dass es nicht
30 möglich ist, konsequent gegen die Vermögen russischer Oligarchen vorzugehen. ver.di
31 fordert deshalb Transparenz über die Vermögensverhältnisse in Deutschland und Europa
32 herzustellen, um konsequent die Stützen des russischen Regimes in den Fokus der
33 Sanktionen nehmen zu können. Sanktionen, die in erster Linie die breite Bevölkerung
34 treffen lehnt ver.di ab. Darüber hinaus muss Russland aufgezeigt werden, mit welchen
35 Schritten es zur Aufhebung der Sanktionen kommen kann. Eine Perspektive, die die
36 russische Wirtschaft dauerhaft schädigen will, lehnt ver.di ausdrücklich ab. Die
37 Erwartung, dass Russland die Angriffe sowohl auf militärische Frontlinien auf
38 ukrainischem Territorium als auch auf zivile Infrastruktur und die Bevölkerung der
39 Ukraine einstellt und sich zumindest aus ukrainischem Territorium in den Grenzen des
40 Minsker Abkommens zurückzieht, hat sich bislang nicht erfüllt.

41 Die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russischen Angriffe und ihrem Bemühen um
42 Wiederherstellung territorialer Integrität auch mit militärischem Material wie Waffen
43 aus den Reihen der NATO-Mitglieder zu unterstützen, ist völkerrechtlich zulässig und
44 eine Unterstützung der Angegriffenen, die es ihnen ermöglicht, sich weiter zu
45 verteidigen. Zugleich ergibt sich daraus für die unterstützenden Staaten wie
46 Deutschland eine besondere Verantwortung, mit Blick auf Art, Umfang und Schwere
47 gelieferten militärischen Materials, nicht selbst zu einer Kriegspartei in diesem
48 Konflikt zu werden. ~~Die Lieferung von immer mehr und schweren Waffen macht~~
49 ~~Deutschland immer mehr zur Kriegspartei.~~ ver.di lehnt die Lieferung der Taurus-
50 Marschflugkörper an die Ukraine ab. Das Wohl der eigenen Bevölkerung darf nicht
51 gefährdet werden.

52 Es gibt in der Bevölkerung unterschiedliche Haltungen, die Sorgen sind unübersehbar:
53 Gewaltsame Grenzverschiebungen dürfen nicht toleriert und die Ukraine den russischen
54 Angriffen nicht schutzlos ausgeliefert werden. Das wäre auch ein fatales Signal für
55 etwaige Folgetaten oder Nachahmungen und in der Konsequenz auch eine Bedrohung für
56 Deutschland und die osteuropäischen Nachbarstaaten, aber auch für Europa insgesamt
57 und darüber hinaus. Zugleich darf es nicht zu einer weiteren Eskalation dieses
58 Krieges kommen, die die Bevölkerung in Europa oder darüber hinaus gefährdet, etwa
59 indem Russland auf die militärische Unterstützung der Ukraine mit Atomangriffen
60 reagiert. Beide Sichtweisen sind jeweils nachvollziehbare Positionen und schließen
61 sich auch nicht zwingend aus. Auch wenn sie unterschiedliche „Risikofaktoren“ in den
62 Blick nehmen – die jeweils für sich nicht in Abrede zu stellen sind –, treffen sie
63 sich in der Sorge um eine Ausweitung und Zuspitzung des Krieges und dem Wunsch nach
64 Frieden. Sie entsprechen dem Meinungsspektrum auch in der Mitgliedschaft. Diese
65 unterschiedlichen Meinungen haben ihren Platz in ver.di – ver.di steht für einen
66 respektvollen Umgang untereinander, auch bei strittigen Themen. Uns eint die
67 Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.

68 Der öffentliche Diskurs zum weiteren Umgang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine
69 ist gegenwärtig übermäßig fixiert auf Waffenlieferungen und militärische Lösungen in
70 Kategorien wie „Sieg“ oder „Niederlage“. Das ist problematisch, da so weder
71 Strategien der Konfliktbeilegung jenseits militärischer Gewalt in den Blick genommen

72 werden, noch eine Verständigung darüber in Gang kommt, wie eine längerfristig
73 tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland jenseits einer
74 Auf- und Hochrüstungsspirale gegenseitiger Abschreckung aussehen kann. ver.di fordert
75 die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft auf, alle
76 diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten und die Vergewaltigung von
77 Menschen in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für
78 Frieden und Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.

79 Russlands Angriff auf die Ukraine hat in Deutschland auch eine Debatte über die
80 zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. Angesichts der
81 Erkenntnis, dass es auch im 21. Jahrhundert mitten in Europa zu weitreichenden
82 militärischen Bedrohungen kommen kann, rücken die Fähigkeiten der Bundeswehr zur
83 Landes- und Bündnisverteidigung in den Vordergrund, die Frage von internationalen
84 Auslandseinsätzen demgegenüber in den Hintergrund. ver.di organisiert viele
85 Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr und auch Soldat*innen und tritt für eine
86 Bundeswehr ein, die eine demokratisch kontrollierte Parlamentsarmee bleibt, ihrem
87 grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann und die im
88 Grundgesetz verankerte Trennung ziviler Wehrverwaltung und militärischer Organisation
89 zwingend beachtet. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeberin umfassend an
90 Tarifverträge hält, die Regeln der Mitbestimmung einhält und bei der alle
91 Beschäftigten, einschließlich der Soldat*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre
92 Aufgaben erfüllen können. Dabei ist der Soldat*innenberuf kein Beruf wie jeder
93 andere, weshalb es eine besondere Sensibilität in der Bewerbung und öffentlichen
94 Darstellung der Bundeswehr bedarf. Dazu gehört auch, dass keine Werbung der
95 Bundeswehr unter Minderjährigen erfolgt. Keine Kooperation von Schulen und
96 Bundeswehr. Die Entscheidung der Bundesregierung, keine Rekrutierung Minderjähriger
97 zum Dienst an der Waffe mehr zuzulassen war deshalb ein richtiger Schritt.

98 (~~Erläuterung: s. ver.di-Beschluss A 230 vom 3. Bundeskongress 2011~~)

99 Die Bundeswehr hat angesichts von kostspieligen und teils zweifelhaften
100 Auslandseinsätzen der vergangenen Jahrzehnte einerseits und Sparmaßnahmen
101 andererseits, wie sie auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betrafen,
102 Infrastrukturdefizite und Ausrüstungsmängel bis hin zu unzureichender persönlicher
103 Kleidung von Soldat*innen zu beklagen. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch,
104 dass die Organisation und Ausstattung von Streitkräften nach
105 Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und unter Privatisierung vormals öffentlicher
106 Aufgaben wie Bewachung, Fahrdienst oder Verpflegung gerade im zivilen Bereich der
107 Bundeswehr ein Fehler war. Wie auch in anderen Bereichen gilt, dass der Staat eine
108 originär staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge wie Verteidigung auch in öffentlicher
109 Hand wahrnehmen muss. Die Behebung der bestehenden Mängel bedarf finanzieller Mittel.
110 Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine jedoch ad hoc Schulden in Form
111 eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus
112 dem Ärmel zu schütteln, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie
113 KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale
114 Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven
115 Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur
116 ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher
117 von ver.di abgelehnt.

118 Noch kritischer ist das Vorhaben der Bundesregierung zu sehen, das Zwei-Prozent-Ziel
119 der NATO dauerhaft erfüllen oder übererfüllen zu wollen. Abgesehen von den massiven
120 Mehrausgaben, die wir ablehnen, ausgehend von den derzeitigen Verteidigungsausgaben
121 in Höhe von ca. 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, werden Militärausgaben damit
122 an konjunkturelle Schwankungen gekoppelt, nach der sie bei guter Konjunktur stark
123 ansteigen, in einer Rezession aber auch sinken können. Das Zwei-Prozent-Ziel ist
124 keine geeignete Orientierungsgröße für die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr und
125 wird daher von ver.di abgelehnt. Konkrete Ausstattungsbedarfe der Bundeswehr müssen
126 politisch entschieden und öffentlich diskutiert werden. Sie bedürfen der
127 parlamentarischen Kontrolle und demokratischen Debatte und nicht eines
128 konjunkturabhängigen Automatismus. Der richtige politische Maßstab ist, die
129 finanzielle Ausstattung der Bundeswehr an dem zu bemessen, was zur Erfüllung ihrer
130 Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Dafür setzt ver.di
131 sich auch im Interesse der Kolleg*innen in der Bundeswehr ein.

132 So bedrohlich der Krieg Russlands gegen die Ukraine keine 1.000 Kilometer von
133 deutschen Grenzen entfernt ist, es darf daraus nicht der Schluss einer Auf- und
134 Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden. Das betrifft zum einen die
135 Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer
136 Technologien, wie „Künstlicher Intelligenz“. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und
137 Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle
138 Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, entsprechende Forschung durchzuführen (und
139 Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt
140 oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf,
141 sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen. Zum anderen betrifft das
142 die mit der Anschaffung amerikanischer F35-Kampffjets bereits eingeleitete
143 Modernisierung der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands, die von ver.di abgelehnt wird.
144 Die zerstörerischen Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sind kaum berechenbar,
145 die Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen hinsichtlich der Betroffenheit in
146 räumlicher und zeitlicher Hinsicht schwer einzugrenzen. Auch hier sollte sich die
147 Bundesregierung wie auch bezüglich anderer biologischer und chemischer
148 Massenvernichtungswaffen für eine weltweite Ächtung einsetzen und darauf hinarbeiten,
149 dass weitere Staaten dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und selbst den
150 Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

151 Mit Sorge sieht ver.di die Fortdauer der viel zu vielen anderen Kriege und
152 gewaltsamen Konflikte in der Welt. Diese sind angesichts des Krieges in der Ukraine
153 teilweise weiter aus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt oder werden gar im
154 Schatten dieses Krieges intensiviert. Die Menschen auch in Konfliktregionen wie
155 Äthiopien, dem Jemen, Sudan, Iran und Syrien haben ein Recht auf Wahrung ihrer
156 körperlichen Unversehrtheit, ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit, auf ein Leben
157 frei von Armut und Not, ein Recht auf gute Arbeit und auf Zukunftsperspektiven. Die
158 internationale Staatengemeinschaft darf diese Menschen nicht vergessen und muss die
159 Bemühungen um friedliche Beilegungen dieser Konflikte verstärken.

160 Besonders besorgniserregend ist, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den
161 letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische
162 Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in
163 Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln

164 von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen
165 Rückschritt in Richtung vermehrter Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen
166 die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam,
167 mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver
168 Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine
169 und weltweite kontrollierte Abrüstung.

170 ver.di wirbt im DGB für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht
171 nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit,
172 Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung,
173 ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt
174 Geschlechtergerechtigkeit umfasst. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die
175 Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zeigen auf die eine oder andere
176 Weise, dass auf einem begrenzten Planeten mit Milliarden Menschen, die auf
177 vielfältige Weise voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, letztlich
178 niemand sicher ist, bevor es nicht alle sind. Erst wenn eine solch umfassende
179 Sicherheit für alle Menschen realisiert ist, werden wir von einer gerechten und
180 dauerhaft friedlichen Weltordnung sprechen können. Eine Aufgabe für Generationen, an
181 deren Mitwirkung sich ver.di hier und jetzt im Rahmen der deutschen wie der
182 europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung wie auch der Friedensbewegung
183 verpflichtet sieht.

184 Diese Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger*innen zu
185 verfolgen, muss aus Sicht von ver.di oberstes Ziel der internationalen
186 Staatengemeinschaft sein, das in ihren höchsten Institutionen wie den Vereinten
187 Nationen und ihrer Unterorganisationen verfolgt werden muss.



SOUVERÄNITÄT UND RESILIENZ SICHERN

**INDUSTRIEPOLITISCHE LEITLINIEN UND INSTRUMENTE FÜR EINE
ZUKUNFTSFÄHIGE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSINDUSTRIE**

Einleitung

Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat sich die geopolitische und sicherheits- und verteidigungspolitische Lage sowohl global als auch in Europa fundamental verändert. Die post-kommunistische Friedensordnung in Europa hat sich aufgelöst, einige Staaten und Terrororganisationen begreifen Gewalt und Krieg als Mittel ihrer Politik.

Das stellt Europa, die Nato und Deutschland mit seiner Bundeswehr vor neue Aufgaben. Das angestrebte Ziel ist dabei, Abschreckung durch verstärkte Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit zu erreichen.

Die Bundesregierung hat hierzu als ersten Schritt das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen Bundeswehr aufgelegt und erklärt, dass auch mittelfristig das 2%-NATO-Ziel für die Finanzierung der verteidigungspolitischen Aufgaben sicherzustellen und die Erhaltung einer leistungsstarken Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) ein wichtiges Ziel sei.

Mit dem 100-Milliarden-Euro-Programm ist es möglich, notwendige Beschaffungen für die Entwicklung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit durchzuführen; zu erheblichen Teilen erfolgen diese aus den USA und Israel. Weder aus Sicht des Bundeswehr-Bedarfs noch aus Sicht der SVI reicht dies aus. Deutschland und Europa brauchen ein industriepolitisches Konzept zur Stärkung der SVI und zum Aufbau und zur Entwicklung eigener leistungsfähiger Verteidigungssysteme in den Dimensionen Land, Luft und See.

Dazu ist es notwendig, die Innovations- und Investitionskraft der SVI zu erhöhen und gezielte F&E-Maßnahmen zu ermöglichen. Zur Umsetzung bedarf es einer Beschaffungspolitik, die Berechenbarkeit und Planungssicherheit schafft, damit die notwendigen Investitionen und der notwendige Know-how-Aufbau sichergestellt werden.

Eine leistungsfähige nationale SVI bedeutet konkret:

- Wahrung, Weiterentwicklung und Ausbau der Kernkompetenzen und Schlüsseltechnologien im Inland
- Substanziell geförderte nationale Technologieschwerpunkte – auch bei internationalen Kooperationen, um technische und logistische Abhängigkeiten konsequent zu minimieren
- Unabhängigkeit von Lieferpriorisierungen ausländischer Hersteller und Zulieferer
- Hinreichender Einfluss auf logistische Prozesse
- Hoheit über systemkritische Zulassungs- und Zertifizierungsprozesse
- Fähigkeit für Streitkräfte-übergreifende Operationsführung
- Unabhängige Betreuungsfähigkeit der Streitkräfte (Wartung, Modernisierung, Weiterentwicklung)

Ein umfassendes industriepolitisches Konzept für die Verteidigungsindustrie existiert bislang nicht. Ein solches Konzept ist allerdings unverzichtbar, um die Leistungsfähigkeit der Industrie



zu sichern und ihre Möglichkeiten zur Produktentwicklung und Produktproduktion relevanter Verteidigungssysteme in den Dimensionen Land, Luft und See zu ermöglichen.

In der nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung heißt es dazu:

„Eigenständige europäische Handlungsfähigkeit ist zunehmend Voraussetzung für die Sicherheit Deutschlands und Europas. Dazu gehören moderne, leistungsfähige Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ebenso wie eine leistungs- und international wettbewerbsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die die Grundlagen der militärischen Fähigkeiten der Streitkräfte schafft.“ (Nationale Sicherheitsstrategie, 2023)

Die im November 2023 veröffentlichten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des Bundesverteidigungsministeriums formulieren hierzu: „Eine starke nationale und europäische Rüstungsindustrie ist für die zukunftsfähige Bundeswehr ein wesentlicher Faktor. Es gilt, die sicherheits- und verteidigungsindustrielle Basis in Deutschland und Europa in Bezug auf Resilienz und Redundanz deutlich zu stärken.“

Deutschland benötigt eine verlässliche und strategische Ausrichtung für seine Industrie, die deutlich über eine Legislaturperiode hinausgeht. Nur so kann Deutschland seine souveräne Handlungsfähigkeit als starker und gleichberechtigter Bündnispartner sicherstellen, um seine berechtigten Sicherheitsinteressen zu wahren. Diese Handlungsfähigkeit ist jedoch nur mit einer national wettbewerbsfähigen und leistungsstarken SVI und Bundeswehr darstellbar.

Der Ukraine-Krieg zeigt einmal mehr, wie wichtig – gerade bei der Landes- und Bündnisverteidigung – vernetzte und zur Kollaboration befähigte Streitkräfte sind. Die vernetzte Operationsführung verlangt eine Kombination aus vertrauenswürdiger, hochperformanter Technologie, vorausschauendem Denken sowie kooperativem Handeln.

Es erfordert ernsthafte und gemeinsame budgetäre und programmatische Zusagen von SVI, Bundeswehr und Politik, um von Konzepten über Demonstratoren hin zu einsatzbereiten Lösungen zu kommen und um nicht noch weiter im internationalen Vergleich zurückzufallen.

Einmal aufgegebene Schlüsseltechnologien und Fähigkeiten sind, wenn überhaupt, nur unter großem finanziellem und zeitlichem Aufwand wiederzuerlangen. Wir erachten es daher als notwendig, einen echten strategischen Dialog zwischen Industrie, Politik und Regierung aufzusetzen, der die Kernfähigkeiten und Schlüsseltechnologien zur Wahrung eigenständigen nationalen Handelns definiert.

Lieferketten für militärische Großprojekte sind grundsätzlich komplex und involvieren oft hochspezialisierte Unternehmen aus dem Mittelstand. Diese bewährten Beziehungen sind in der Regel über Jahrzehnte aufgebaut, um Vorgaben und Zertifizierungen zu gewährleisten und eine maximale Effizienz in der Wertschöpfungskette zu erreichen.



KMU und Systemhäuser bilden integrierte Wertschöpfungsketten und sind voneinander abhängig. Eine verbindliche Planungssicherheit ist daher fundamental, um erforderliche Vorlaufzeiten für eine gesicherte Produktion und Lieferung realisieren zu können. Insbesondere für den Mittelstand ist Produktionsstabilität wichtig, da ihre Ressourcenflexibilität begrenzt ist.

Um Komponenten/Systeme in die Produktionsabläufe zu integrieren, sind entsprechende Vorlaufzeiten notwendig, da Materialien eingekauft, Zulieferer unter Vertrag genommen und Liefergegenstände entsprechend produziert werden müssen.

Neben gesicherten nationalen und europäischen Wertschöpfungsketten ist Verlässlichkeit und Verbindlichkeit beim Export essentiell. Die SVI als Branche unterstützt ausdrücklich, dass Deutschland mit großer Sorgfalt jeden einzelnen Exportfall prüft.

Faire Wettbewerbsbedingungen und eine Harmonisierung der Exportgenehmigungen in der EU sind dabei Voraussetzungen für europäische und internationale Partnerschaften bei Rüstungsprojekten und länderübergreifenden Unternehmenskooperationen – von Lieferbeziehungen in Wertschöpfungsketten über Joint Ventures bis zu Zusammenschlüssen, wie sie von der EU und der Bundesregierung gewünscht sind. Sie sind ein Pfeiler für Auslastung, Erhalt und technologische Entwicklung entsprechender industrieller SVI-Kapazitäten und der damit verbundenen hochqualifizierten Arbeitsplätze in Deutschland.

Die gegenwärtigen heterogenen Exportregeln wirken sich nachteilig auf die Wertschöpfungsketten aus. Dies schlägt sich nicht nur bei laufenden europäischen Programmen nieder, sondern wird auch bei künftigen Großprojekten wie FCAS und MGCS die wichtigen Synergieeffekte, die durch effiziente europäische Arbeitsteilung gewonnen werden, zunehmend einschränken.

Ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist dabei die Handhabung von Dual-Use-Gütern. Zulieferer aus Deutschland, oft mittelständische Unternehmen, die Dual-Use-Güter herstellen und von Systemherstellern in anderen EU-Mitgliedsstaaten für das zivile und militärische Endprodukt zertifiziert sind, können in die Situation geraten, dass sie auch aus der Lieferkette für das zivile Endprodukt genommen werden, wenn die Zulieferung für das Rüstungsgut verweigert wird.

Das hängt mit dem komplexen und kostenintensiven Zertifizierungsprozess zusammen, den kein Systemhersteller mit Zulieferern einleitet, wenn die Liefersicherheit letztlich infrage steht. Deshalb laufen Zulieferer aus Deutschland Gefahr, von Systemherstellern aus EU-Mitgliedstaaten a priori für Zulieferungen von Dual-Use Gütern ausgeschlossen zu werden. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen in nichtmilitärischen Märkten. Hierfür hat sich in den vergangenen Jahren der Begriff „German Free“ etabliert.



Da Produkte der SVI ihrer Zweckbestimmung nach nur in begrenztem Umfang „grüne“ Technologien beinhalten können, ist ferner eine Befreiung von den EU-Regularien zur CO₂-Bepreisung und dem EU-„Carbon Border Adjustment Mechanism“ (CBAM) gerechtfertigt.

Für eine fruchtbare europäische Kooperation ist die gute Positionierung der heimischen Industrie die Grundlage. Aufgabe der Bundesregierung ist es, die heimische Industrie bei nationalen Ausschreibungen so zu berücksichtigen, wie es andere Länder in Europa über den Weg des Art. 346 AEUV mit ihrer jeweils nationalen Industrie ebenfalls tun.

Dabei geht es vor allem darum, in allen Bereichen über modernste Technologien zu verfügen, mit denen sich das Bündnis gegen Bedrohungen jeglicher Art schützen kann. Dies macht eine Investitions- und Innovationsoffensive der europäischen und deutschen Verteidigungsunternehmen notwendig.

Der BDSV, die IG Metall und das Wirtschaftsforum der SPD haben dazu Leitlinien und konkrete Instrumente für eine gezielte Industriepolitik in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie entwickelt. Wir wollen mit diesem Papier eine notwendige Diskussion anstoßen, die über die aktuelle Beschaffungspolitik hinaus Ziele, Instrumente und damit Planungssicherheit für die Unternehmen der SVI ermöglicht und so deren Zukunft und Leistungsfähigkeit sichert.

Leitsektor Domäne Land

Wie der Krieg in der Ukraine zeigt, spielen im Rahmen eines LV/BV-Szenarios die Kaltstartfähigkeiten in der Domäne Land eine entscheidende Rolle. Es gilt, dem Erstschat des Gegners an der Außengrenze der NATO standzuhalten.

Vorgelagert ist jedoch auch wichtig, frühe Anzeichen und geheimdienstliche Aufklärungen ernst zu nehmen und in militärische Aufstellungen besser einzuplanen. Auch die strategische Fähigkeit der Aufklärungssysteme sollte in der europäischen Verteidigungsarbeit sowie der sicherheitspolitischen Industriepolitik einen wichtigen Stellenwert bekommen.

Die Anforderung an Kaltstartfähigkeit setzt voraus, dass Ausrüstungslücken aus der Vergangenheit systematisch und schnell geschlossen werden, zugleich aber auch Führungsfähigkeit und Digitalisierung verbessert werden. Zudem will das Heer mit dem Aufbau neuer Mittlerer Kräfte einem veränderten operationellen Umfeld Rechnung tragen. Letztlich müssen in allen drei Kräftekatégorien des Heeres – Leicht, Mittel und Schwer – den gesteigerten Anforderungen entsprechende verteidigungsindustrielle Fähigkeiten gegenüberstehen, die im Ernstfall einen hinreichend schnellen Nachschub und eine entsprechende Ersatzteilversorgung und Maintenance ermöglichen. Damit die Landsystemindustrie mit ihren Zulieferern eine entscheidende Rolle in der sicherheits- und verteidigungsindustriellen Architektur Europas übernehmen kann, sind politische Weichenstellungen in Deutschland und Europa notwendig.

Die eigene technologische Souveränität muss durch Erhalt, Weiterentwicklung und Ausbau nationaler Schlüsseltechnologien im Bereich Landsysteme gewahrt bleiben. Die Aufgliederung des Sondervermögens Bundeswehr (16,6 Mrd. Euro für die Dimension Land und ca. 21 Mrd. Euro für Führungsfähigkeit/Digitalisierung) unterstreicht diese Prioritäten bereits. Nur eine innovative und leistungsstarke deutsche SVI kann die Herausforderungen der Digitalisierung bewältigen. Ziel muss es weiterhin sein, die IT-Fähigkeiten zur Digitalisierung der Streitkräfte zu bündeln sowie zentrale Ansprechpartner auch für multinationale Partner zu schaffen.

Bezogen auf den europäischen Kontext wird die deutsche Landsystemindustrie bei der Ausstattung und Entwicklung einer in mittel- bis langfristiger Zukunft weitgehend harmonisierten europäischen Armee den entscheidenden Faktor darstellen. Bei multinationalen Beschaffungsk Kooperationen und Rüstungsprojekten muss die deutsche Landsystemindustrie mit ihren Schlüsseltechnologien sowie ihren existierenden industriellen und technologischen Kapazitäten Verantwortung übernehmen.

Deutschland muss sich seiner Kernkompetenzen bewusst sein und diese aktiv in Kooperationsprojekte einbringen und durchsetzen. Nur wenn Technologien wie Schutz und Wirkung als Schlüsseltechnologien festgelegt sind, kann auch in Krisenzeiten das Know-how abgerufen werden. Nicht nur die Quantität, vor allem die Qualität der Bedrohungen hat sich spürbar gewandelt. Beschaffungen aus dem außereuropäischen Ausland können insbesondere bei Versorgung und Wartung ein großes Risiko für Deutschland und Europa bedeuten. Zudem würde ein potenzieller technologischer Rückstand in Kauf genommen und damit vor allem die mittelständisch geprägte heimische Zuliefererindustrie im Wettbewerb benachteiligt.

Lieferketten für militärische Großprojekte im Bereich der Landstreitkräfte sind höchst komplex und bedürfen einer Reihe von insbesondere nationalen Zulieferern aus dem Mittelstand. Aus wirtschaftlicher Sicht bietet kaum eine Industrie eine so große Fertigungstiefe in Deutschland und dort vor allem im Mittelstand, wie die deutsche Landsystemindustrie mit weltweit anerkannten Systemhäusern. Diese stützen sich auf eine wettbewerbsfähige, breite und innovationsfähige Industrielandschaft kleiner und mittelständischer Unternehmen. KMU und Systemhäuser sind dabei voneinander abhängig. Eine verbindliche Planungssicherheit ist insbesondere für den Mittelstand wichtig, da die Ressourcen begrenzt sind. Fehlende Planbarkeit in Verbindung mit Stückzahlreduzierungen und verzögerten Beschaffungen führen zu Spannungen auf allen Seiten. Kapazitätsaufbau in der deutschen Wehrindustrie sowie der nachhaltige Aufbau einer zuverlässigen, krisensicheren Lieferkette sind daher mit planbaren Zahlungseingängen zu hinterlegen.

Die deutsche Landsystemindustrie und ihre Zulieferer benötigen einen spürbaren Impuls durch Beschaffungsentscheidungen, um Produktions- und Lieferketten aufrechterhalten zu können. Andernfalls droht ein massiver Arbeitsplatzabbau und die mittelständische Zuliefererindustrie wendet sich endgültig vom „Kunden Bundeswehr“ ab.

Leitsektor Domäne See

Die Bedeutung maritimer Sicherheit wächst: Der internationale Wettkampf um die Ressourcen der Arktis, die Sicherheit neuer Seewege im Nordatlantik, die wachsenden geopolitischen Spannungen am Indo-Pazifik oder auch die neue Bedrohung der Ostseeanrainer durch Russland sind nur einige von zahlreichen maritimen sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Der Sabotageakt auf die Gaspipelines Nord-Stream im September 2022 hat zudem die Fragilität und Schutzbedürftigkeit auch der zivilen kritischen Infrastruktur auf Seegrund und in Küstengebieten demonstriert.

Die deutsche Marineindustrie steht vor einem Technologiesprung: Es geht dabei nicht nur um Schiffe und Boote, sondern auch um unbemannte Fahrzeuge, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, um Konnektivität, Combat Cloud und Multi Domain Operations. Hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung sind unabdingbar, will man in der Weltspitze agieren.

Angesichts der sicherheitspolitischen Lage ist es im Interesse Deutschlands, seine maritimen Schlüsseltechnologien langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln. Dazu gehört der Unter- und Überwasserschiffbau. Der deutsche Marineschiffbau ist heute Weltspitze – aber er muss es auch morgen bleiben.

Der globale Marineschiffbau zeichnet sich durch signifikante strukturelle Unterschiede aus. Bislang fehlen die Voraussetzungen für ein „Level Playing Field“, was zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen führt. In den USA finden sich Unternehmen wie Northrop Grumman oder General Dynamics, die nicht nur um ein Vielfaches größer sind als die hiesigen Unternehmen, sondern auch weit höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung neuer Technologien tätigen können und damit eine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt einnehmen. Dies setzt die europäischen Marinewerften massiv unter Druck.

Blickt man allein auf Europa, so werden ebenso gravierende Divergenzen sichtbar: Unternehmen wie Fincantieri oder Naval Group, in denen jeweils der Staat mehrheitlicher Teilhaber ist, übertreffen die privatwirtschaftlich organisierten deutschen Player tkMS und Naval Vessels Lürssen deutlich in ihrer Größe. Nachteilig wirkt sich für die deutschen Werften überdies aus, dass der Staat bei Risikokapital und Investitionen nicht in Mithaftung geht.

Wenn die Nachfrage im Inland nach Schiffen und Booten weiter sehr gering bleibt, werden die Marinewerften Restrukturierungsmaßnahmen einleiten, Arbeitsplätze und Know-how würden verloren gehen, die Unternehmen wären nicht mehr wettbewerbsfähig.

Die Vergabeentscheidung bei der Fregatte 126 an einen europäischen Wettbewerber hat die heimischen Werften und das große Netz von Zulieferern bereits auf Jahre erheblich geschwächt. Nun mangelt es in Deutschland an großen Aufträgen, von denen die ganze

Marineindustrie langfristig profitieren würde. Aber nur mit Investitionen lassen sich Schlüsseltechnologien auf Dauer auf Weltniveau halten.

Die Sicherung und Weiterentwicklung der maritimen Schlüsseltechnologien hängen maßgeblich von der hiesigen Auftragslage ab. Dies schließt Kooperationen mit ausländischen Partnern ausdrücklich ein. Die Stückzahlerhöhung der U-Boote der Klasse 212CD für die Bundeswehr wäre ein wichtiger Schritt, um die Spitzenstellung von tkMS zu sichern. Möglicherweise kann die Bundesregierung weitere Partnerländer etwa im Norden Europas für das Projekt gewinnen. Im Überwasserschiffbau müssen Entwicklung und Bau der Fregatten 127 unter deutscher Führung erfolgen. Auch hier könnten sich weitere Staaten im Bündnis finden, die sich an der Beschaffung komplexer Fregatten beteiligen und ihre eigenen technologischen Fähigkeiten einbringen. Auf diese Weise übernimmt Deutschland Verantwortung, stärkt die eigene Marineindustrie und bindet technologisch Partner in NATO und Europäischer Union ein.

Die Deutsche Marine hat ihren Modernisierungsprozess gestartet. Die Beschaffung des Mehrzweckkampfschiffes ist grundsätzlich ein wichtiger Schritt wie auch der Bau neuer Korvetten K130. Im Unterwasserschiffbau ist die Beschaffung der U212CD hervorzuheben; der Bau des weltweit modernsten konventionellen U-Boots erfolgt in Partnerschaft mit Norwegen. Die Marine erhält zudem neue Betriebsstoffversorger, Flottendienstboote und weitere schwimmende Plattformen. Ferner wird eine technologische Modernisierung der Fregatten 123 und 124 sowie der Mienenjagdboote 332 erfolgen. Alle diese Entscheidungen sind richtig und wichtig.

Es darf jedoch dabei nicht bleiben: Es braucht auch die Entwicklung und den Bau völlig neuer Systeme (z.B. Fregatte 127, unbemannte Systeme). Viele dieser Projekte sind jedoch nach wie vor nicht finanziell ausgeplant und abgesichert. Die Politik steht hier in der Verantwortung, zeitnah und weitsichtige Haushaltsentscheidungen herbeizuführen.

Die Marine selbst hat mit dem „Zielbild ab 2035“ einen Blick in die Zukunft geworfen. Die Botschaft ist eindeutig: Es braucht die Beschaffung vieler neuer Schiffe, Boote und unbemannter Systeme, um die Marine für ihre Aufgaben zu befähigen. Entscheidend ist, dass der militärische Schiffbau vor einem Technologiesprung steht. Auch dazu stellt die deutsche Marine fest, dass etwa neue Unterwasser-Sensorik sowie umfassende land-, luft- und raumgestützte Aufklärung das Gefechtsfeld „zunehmend gläsern“ machen. Aus den resultierenden großen Datenmengen erzeugten „komplexe IT-Systeme, künftig auch mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz, umfassende Lagebilder“. Mit der „Stealth“-Technologie im konventionellen U-Bootbau entstehen neue Maßstäbe.

Die Entwicklung und der Bau von Marineschiffen ist technologisch hochkomplex – es braucht dazu einen Generalunternehmer, der über das Know-how und Integrationsfähigkeiten verfügt sowie eine Vielzahl spezialisierter Technologielieferanten und schließlich sehr viele hochausgebildete Fachkräfte und Ingenieure.

U-Boote und Fregatten werden nicht über Nacht produziert. Sie erfordern langjährige Planungs- und Realisierungshorizonte. Das bedeutet: Wir müssen bereits heute die finanziellen und planerischen Grundlagen für die maritime Sicherheit und die Technologien von morgen legen. Mit einer stärkeren inhaltlichen Verzahnung geeigneter nationaler und europäischer Fördermaßnahmen sowie der frühzeitigen Förderung marktnaher und nachhaltiger Lösungen würde die Forschungs- und Innovationskompetenz der deutschen Marineschiffbauindustrie nachhaltig gestärkt werden. So kann z.B. auch über Innovationspartnerschaften zwischen Bund und Industrie die Systemkompetenz ausgebaut werden.

Leitsektor Domäne Luft

Die Aufgliederung des Sondervermögens (ca. 41 Mrd. Euro für die Dimension Luft und ca. 21 Mrd. Euro für Führungsfähigkeit/Digitalisierung der Bundeswehr) unterstreicht die Prioritäten in Hinblick auf militärische Luftfahrt und digitalisierte Streitkräfte.

Angesichts der dramatischen militärischen Dringlichkeit wird jedoch der größte Teil des erhöhten Budgets vor allem für die deutsche Luftwaffe in Beschaffungsvorhaben aus dem Ausland ausgegeben.

So verständlich Entscheidungen für Foreign Military Sale (FMS) kurzfristig sind, bergen sie langfristig doch ein großes strategisches Risiko. Der Kauf außereuropäischer Produkte riskiert den Verlust an Know-how, Produkt- und Produktionskompetenz. Eine so entstehende technologische Rückständigkeit führt zu Abhängigkeiten.

Eine außereuropäische Beschaffung "von der Stange" wird den derzeitigen Teufelskreis beschleunigen, der die Landschaft der deutschen und europäischen Verteidigungsindustrien benachteiligt und weiter aushöhlt.

Eine weitreichende Einbindung der deutschen Industrie muss bei FMS-Programmen (Bsp. F-35 oder STH) für Instandhaltung und Produktion gewährleistet werden. Diese sichert nicht nur Arbeitsplätze und Technologie, sondern bringt auch die bestmöglichen nationalen Fähigkeiten in das Programm ein, um Komplementarität zur bestehenden Flotte herzustellen und gleichzeitig eine Bewertungs- und Analysefähigkeit aufzubauen. Dies dient der Effizienzsteigerung sowie der Verkürzung von Standzeiten der Luftfahrzeuge aufgrund von Reparaturmaßnahmen (Bauteile müssen nicht in die USA zum Service versendet werden). Eine Einbindung nationaler Industrie ist eine nachhaltige Investition in den eigenen Fähigkeitserhalt und -ausbau sowie in die Einsatzbereitschaft der eigenen Flotte in diesem sensiblen Bereich.

Ohne zukunftsorientierte politische Maßnahmen steht insbesondere die militärische Luftfahrt in Deutschland und Europa vor der Deindustrialisierung:

- Europa hat es versäumt, ein eigenes Kampfflugzeug der 5. Generation zu entwickeln, was viele Regierungen dazu veranlasst hat, mangels Alternativen anderswo die F-35 zu kaufen.
- Deutschland wird sich nicht am Weiterentwicklungsprogramm für den Kampfhubschrauber TIGER (MKIII) beteiligen. Wenn Entscheidungen für Maßnahmen zur weiteren Erhaltung des TIGERs ausbleiben, wird dieser spätestens Anfang der 2030er Jahre nicht mehr einsatzfähig sein.
- Ein großer Teil (plus ungeplante Mehrkosten) der Mittel für die Dimension Luft wird für den Kauf von US-Material verwendet. Die so fehlenden Mittel schwächen die Position der deutschen und europäischen SVI.
- Ohne Entscheidung zur Weiterentwicklung des Eurofighters ist die Technologiebrücke hin zu FCAS nicht möglich. Zudem führt eine Nichtbeauftragung der Tranche 5 zu einer Produktionslücke, die dann auch einen endgültigen Verlust von Expertise und strategischen Fähigkeiten entlang der gesamten Eurofighter-Wertschöpfungskette nach sich zieht.
- Das Ende der Endmontagelinie des Eurofighters im Jahr 2030 bedeutet die Stilllegung der Produktionslinien der Zulieferer bereits ab 2027.
- Ohne eine klare Entscheidung zum TIGER riskiert Deutschland den Erhalt der industriellen Fähigkeiten und Kompetenzen zum Bau eines Kampfhubschraubers. Frankreich und Spanien dagegen sind in vollem Umfang an der Umsetzung des Weiterentwicklungsprogramms beteiligt und sichern sich so diese Fähigkeiten bis in die 2050er Jahre.

Ein Produktionsende des Eurofighters hat nicht nur dramatische Folgen für die heutige deutsche militärische Luftfahrtindustrie, sondern auch für laufende Entwicklungsprojekte wie FCAS: Verlust der strategischen deutschen Fähigkeit zur Herstellung von Kampfflugzeugen, Investitionsstopp und Rückbau bestehender Industriekapazitäten bis hin zum Verlust der Systemkompetenz zur Führung von europäischen Großprojekten.

Da Bestandssysteme, wie der Eurofighter, auch in den kommenden Jahrzehnten das operative Rückgrat unserer Streitkräfte bleiben werden, muss die Integration existierender Systeme in zukünftige Lösungen gewährleistet sein. Die bruchfreie Überführung in zukünftige Systeme setzt eine konsistente Weiterentwicklung/Digitalisierung der Bestandssysteme voraus. Die Herausforderungen der Digitalisierung können nur durch Sicherstellung und rechtzeitige Einbindung einer innovativen und leistungsstarken deutschen SVI gemeistert werden.

Cloud-basierte und Streitkräfte-übergreifende Führungsinformationssysteme, die zu den sensibelsten Bereichen der Operationsführung gehören, sind daher entscheidend. Auf Basis einer datenzentrierten, anschlussfähigen Architektur wird Software zunehmend zum Träger militärischer Fähigkeiten. Durch KI-gestützte, Software-dominierte und dimensionsübergreifende Systeme werden Fähigkeitszuwächse zukünftig primär über die Änderung der

Software erzielt werden – Software Defined Defence. Dafür müssen auch Bestandsplattformen mit einer neuen leistungsfähigeren digitalen Systemstruktur ausgestattet werden.

Wie politische Planungssicherheit den gesamtwirtschaftlichen Mehrwert von wehrtechnischen Gemeinschaftsprogrammen befördert und den Technologie- und Wirtschaftsstandort Deutschland stärkt, lässt sich sehr gut am Beispiel Eurofighter beschreiben (Quelle: BDLI/PwC Studie 2023):

- >400 beteiligte Unternehmen
- >100.000 hochqualifizierte Arbeitsplätze in der EU, davon 25.000 in Deutschland und größtenteils abseits der einschlägigen Ballungszentren angesiedelt
- >120 deutsche Zulieferer + öffentliche Institutionen für F&T
- +10% BIP: Für jeden Euro BIP, der durch die Eurofighter Tranche 4 erzeugt wird, werden weitere 10% an zusätzlichem Beitrag zum gesamten BIP geleistet
- +26% Steuern: Für jeden Euro Steueraufkommen, der durch die Eurofighter Tranche 4 erzeugt wird, werden in Deutschland 26% zusätzliches Steueraufkommen generiert
- +33% Arbeitsplätze: Für jeden Arbeitsplatz, der durch die Eurofighter Tranche 4 geschaffen wird, werden 33% zusätzliche Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft geschaffen

Die deutsche SVI braucht Planungssicherheit über 2027 hinaus. Dies ist nur durch die Weiterentwicklung des Eurofighters im Rahmen des geplanten Long-Term Evolution-Programms (LTE) sowie die Beauftragung einer Tranche 5 möglich. Die Tranche 5 bedeutet nicht nur die Fortschreibung des skizzierten gesamtwirtschaftlichen Mehrwerts, sondern befördert auch die hochtechnologische Fähigkeitsentwicklung in den Bereichen Avionik und Sensorik. Nur damit kann Deutschland auch eine wirkungsvolle technologische Brücke zu FCAS bilden. Dies entspricht ebenfalls den Vorstellungen der Luftwaffe einer evolutionären Entwicklung.

Ein weiterer wichtiger Sektor innerhalb der Domäne Luft sind die Unbemannten Luftfahrzeuge (Unmanned Aerial Vehicles, UAV). Den realpolitischen militärischen Entwicklungen kann sich die Bundeswehr nicht verschließen, dem muss auch die Politik Rechnung tragen. Die technologischen und industriellen Fähigkeiten der deutschen SVI sollten daher gefördert und genutzt werden.

Nationale und europäische Rüstungsprojekte sind für den Hochtechnologiestandort Deutschland entscheidende Impulsgeber. Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Wirtschaftlichkeit sind wesentliche Grundlagen, um die von Deutschland angestrebte Rolle in der europäischen SVI zu erreichen.



AN ALLE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER
insbesondere aber an die Delegierten
des ver.di-Bundeskongresses

SAGT NEIN!

Nachdem der DGB-Bundeskongress 2022 auf Betreiben des DGB-Bundesvorstandes und unter Bruch unserer Satzungen und Beschlüsse das **„Ja! zu Waffenlieferungen und Aufrüstung“** beschlossen hat, soll dies nun auf Initiative des ver.di-Vorstandes mit Zustimmung des Gewerkschafts-rates auch auf dem ver.di-Bundeskongress nachvollzogen werden: **Ja! zu einer Kriegslogik**, die unter dem **Deckmantel eines sogenannten „umfassenden Sicherheitsbegriffs“**¹ ausdrücklich **„militärische Sicherheit“**, indirekt **„Auf- und Hochrüstung“** und **Kriegseinsätze auch deutscher Soldat:innen** befürwortet – *„was zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist“* und das alles **unter der den wahren Kern verschleiern den Überschrift: „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“**.

Mit vielen Worten und dem Appell an die *„besondere Verantwortung“* der Regierenden garniert, sollen die Delegierten die Hand heben für den **Schulterschluss** der Gewerkschaften mit der deutschen Regierung, insbesondere für die **militärische Unterstützung der Ukraine**. **Heute sind dies Waffenlieferungen bis hin zu weltweit geächteten Streubomben, morgen können das schon Soldat:innen sein!** Das schon 2018 intern beschlossene 100 Milliarden-Hochrüstungsprogramm wird nur teilweise abgelehnt, weil es *„ausschließlich für die Bundeswehr“* ist; weil dieselbe Regierung nach wie vor unbeirrt und ungeniert mit demselben neoliberalen Austrocknungsprogramm der Öffentlichen Daseinsvorsorge fortfährt, so wie alle ihre Vorgängerregierungen. Die *„Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und NATO“* soll lediglich *„nicht grenzenlos“* sein.

Das ist der **finale Kniefall vor militaristischer Logik** und das **genaue Gegenteil von unserer elementaren gewerkschaftlichen Grundüberzeugung: Uns eint die Ablehnung eines Denkens in militärischen Kategorien**. Dies wird in das Gegenteil verkehrt durch die Einfügung eines kleinen Wortes: *„Uns eint die Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.“*

Wir, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter von ver.di, aber auch IG Metall und anderen DGB-Gewerkschaften, wenden uns deswegen an die Delegierten des ver.di-Bundeskongresses:

SAGT NEIN!

**Hebt Eure Hand nicht für einen erneuten Schulterschluss
der Gewerkschaften mit dem deutschen Kriegskurs!**

Wir haben nicht vergessen, was 1914 geschah: Die Gewerkschaftsführungen in ganz Europa schickten unter Bruch aller vorherigen Beschlüsse ihre Mitglieder in den Krieg – **angeblich `gegen den russischen Despoten-Zaren`**, **tatsächlich aber für den Profit von Krupp, Thyssen und Co.** Konsequenterweise wurde der **Burgfrieden** erklärt und **jede Klassen- und Arbeitskampaufeinandersetzung eingestellt, die Streikunterstützung ausgesetzt.**

¹ Alle in Anführung gesetzten kursiven Passagen sind Originaltext des Leitantes (s. gelbe Markierungen dort).

SAGT NEIN!

zum Leitantrag für den ver.di-Bundeskongress

- der mit seinem `Ja! zu Waffenlieferungen` gegen unsere Satzung verstößt, die uns in § 4, Ziff 3, lit. i dazu verpflichtet „*militaristische Tendenzen*“ zu(*bekämpfen*“, und alle unsere bisherigen klaren und deutlichen Beschlusslagen gegen Waffenlieferungen missachtet.
- der mit seinem `Ja! zu Auf- Und Hochrüstung` gegen unsere Grundsatzerklärung verstößt, und damit unsere tausendmal bekräftigte Haltung für `allgemeine Abrüstung` und das `Recht aller Menschen auf Schutz vor Verfolgung, Folter und Krieg` zum `Geschwätz von gestern` macht.
- der so tut, als sei mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine erstmals seit 1945 wieder Krieg in Europa, und damit den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 `übersieht`, die unter deutscher Beteiligung 78 Tage lang Tag und Nacht bombardiert wurde.

Wer dies alles `vergisst` macht sich zum Teil der deutschen Kriegspartei. Wer meint, es gehe bei den aktuellen Kriegen weltweit um `Freiheit` oder `Despotie`, `Aggression` oder `Selbstverteidigung` oder gar um `Völker- und Menschenrecht`, ist der beiderseitigen Kriegspropaganda bereits auf den Leim gegangen. Um all das ging es in der Geschichte noch nie und geht es eben gerade nicht.

Darum lasst uns an den Beschlüssen der vergangenen Jahre festhalten.
Keine Waffenlieferungen! Keinerlei Aufrüstung! ... sondern Abrüstung - sofort!
Unsere Haltung ist und bleibt antimilitaristisch und international.

Für uns kann es als Lehre aus der eigenen Geschichte nur einen Beschluss geben:

- **Unsere Zukunft ist nicht an der Seite der deutschen Regierung oder irgend einer anderen Kriegspartei.**
- **Unsere Zukunft ist an der Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter, die in Italien und Griechenland gegen Waffenlieferungen kämpfen, und an der Seite der Kolleg:innen in Frankreich, Großbritannien und weltweit, die immer wieder gegen den Krieg und die Abwälzung der Krisen- und Kriegskosten auf uns Alle streiken.**
- **Unsere Solidarität gehört den Arbeiter:innen, Kriegsdienstverweiger:innen, Deserteur:innen und den Flüchtlingen aus und in der Ukraine, Russland, Belarus und weltweit!**

Offener Bruch mit dem «sozialen Frieden» der Herrschenden:

**WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRIEGE!
WAFFEN RUNTER – LÖHNE RAUF!**

Dafür lasst uns gemeinsam und organisiert kämpfen!

Unterzeichnet den Aufruf und sendet Eure Unterstützung an die Initiator:innen per mail an: info@sagtnein.org; per Post an: SAGT NEIN!, Am Steg 1, 53757 Sankt Augustin; oder online

SAGT NEIN!

bei [change.org](https://www.change.org)

Unterzeichner*innen Stand 30.4.2024: 20.896

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. **Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen.** Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

QR-Code scannen und Aufruf online unterschreiben



Unsere Kinder nicht für ihren Krieg!

**Unsere Kinder haben eine bessere Zukunft verdient!
Was Söder und seine Staatsregierung mit dem geplanten
„Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“
installieren will, fordert unseren Widerstand heraus.**



Original-Bild "*Kommunikation ist ihre Aufgabe*" von der Bundeswehr; Original-Beschreibungstext zu diesem Bild:
"Sie erläutert dem interessierten Bürger die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dabei informiert sie in Seminaren, Vorträgen und Diskussionen vor allem über den deutschen Beitrag zur internationalen Konfliktprävention und -bewältigung sowie über Schwierigkeiten und Perspektiven von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Kapitänleutnant Andrea Schulze ist Jugendoffizier und somit ein wesentlicher Bestandteil der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr."
unter Creative-Commons-Lizenz. Veröffentlicht auf:
<https://www.flickr.com/photos/wirdienendeutschland/>
unter folgenden Bedingungen:<https://creativecommons.org/licenses/bynd/2.0/deed.de#re>

Die bayerische Staatsregierung macht mit dem geplanten Gesetz an den Universitäten das Grundgesetz mit seiner Freiheit von Forschung und Lehre zu Makulatur. Die Zivilklausel soll verboten werden, die deutsche Armee kann die Universitäten und Hochschulen, die Studierenden aus aller Welt, zur Forschung für den Krieg zwingen.

Die bayerische Staatsregierung erklärt die Schulen zum Rekrutierungsfeld der Armee, ihre „Karriereberater“ dürfen entgegen der UN-Kinderrechtskonvention Minderjährige für das Mordhandwerk anwerben. Sie gibt den Unterricht über Krieg und Frieden in die Hände der Militärs, für die der Krieg nicht das Schlimmste, sondern das Normalste ist.

Die bayerische Staatsregierung reiht sich damit ein in den absurden Zug von Strack-Zimmermann, Pistorius, Baerbock, Stark-Watzinger, Hofreiter, Kiesewetter und Co, die nur noch eine Prämisse kennen: Unser Land „kriegstüchtig“ zu machen – und unsere Kinder und Enkelkinder fit für die Front zu machen. Sie sollen das Kanonenfutter sein, die Mörder für die Interessen von Regierung und Kapital. Und das zum dritten Mal!!!

Dem können und wollen wir nicht tatenlos zuschauen.

- **Wir brauchen keine Soldaten und Offiziere**, sondern mehr Lehrer*innen an den Schulen statt ständig ausfallendem Unterricht!
- **Wir brauchen keine Hochrüstung**, sondern mehr Kitas und endlich bessere Ausstattung der maroden Schulen!
- **Wir brauchen keine Kriegsforschung**, sondern Forschung für die Bedürfnisse der Menschheit!
- **Schluss mit der Ausrichtung des ganzen Landes auf den Krieg!**

**Wir rufen deswegen Alle zum Widerstand auf gegen diesen Kriegskurs,
konkret gegen dieses von der Staatsregierung geplante Kriegsförderungsgesetz.**

HANDELN WIR – JETZT!

Arbeiterinnen und Arbeiter, Eltern und Großeltern aus München und vielen anderen Städten

Wir machen den Anfang (Stand 16.4.2024):

Arbeitskreis Aktiv gegen rechts in ver.di München; ver.di-Betriebsgruppe MünchenKlinik; Münchner Friedensbündnis; Stefan Hetzler ver.di stellv. VL- Sprecher MVG/SWM Verkehr und 15 weitere Kolleg/innen; Isabella Horger Mitarbeiterin bei ver.di München und 10 weitere Kolleg/innen; Benedikt Greif, Erzieher beim HPA München und weiter 17 Kolleg/innen sowie mehrere ehemalige Kolleg/innen; Robert Neumayer, Mitglied im ver.di-Betriebsgruppenvorstand Postbank München; Renate Bayer, Mitglied der ver.di-Betriebsgruppe Technische Universität München (TUM); Simon Ellmann, ver.di Betriebsgruppe TUM; Nadin Klomke, GEW Mitglied München TUM; Tom Ackermann ver.di Mitglied TUM; Wilhelm Kling, Vorsitzender der ver.di-Senioren München; Matthias Will, Betriebsrat DP AG, München; Florian Hurler, Betriebsrat DP AG, München; Ben Pulz, Gewerkschaftssekretär, ver.di München; Tony Luis Guerra, Gewerkschaftssekretär/Bildungsreferent, ver.di München; Tom Talsky, Gewerkschaftssekretär, München; Franz Schütz, Gewerkschaftssekretär ver.di, München; Nadine Adlich, Mitglied im ver.di-FB Vorstand C, VL MünchenKlinik, stellv. Gesamtbetriebsratsvorsitzende MÜK; Birgit Hussar, ver.di Mitglied, Vertrauensfrau MÜK; Alexander Röck, ver.di München FB A; Hedwig Krimmer, Gewerkschaftssekretärin München i.R., Mitinitiatorin von SAGT NEIN; Holger Reichhelm, ver.di Mitglied, Münchner Gewerkschaftschor Quergesang; ; Gabi Reichhelm, GEW-Mitglied, Dipl.Soz.päd. und Autorin; Jonathan Göhler, ver.di Mitglied, Gewerkschaftschor Quergesang; Brigitte Obermayer Rentnerin; Tobias Bevc, KAB und ver.di Mitglied Augsburg; Franz Egeter, DFG/VK Augsburg; Martha Metzger, ver.di Mitglied, VVN-BdA KV Augsburg; Dr. Harald Munding, ver.di Mitglied, Sprecher VVN-BdA Kreisvereinigung Augsburg; Michael Lichtwarck-Aschoff, Arzt, Augsburg; Jost Eschenburg, Vorstandsmitglied pax christi Augsburg; Angelika Thaler, ver.di, Rentnerin, Augsburg; Margit Rötzer, Mitglied im ver.di-OV Regensburg; Irene Salberg, stv. Bezirksgeschäftsführerin ver.di Oberpfalz i.R., Regensburg; Veronika Wölk, GEW Mitglied, Uttenreuth; Ulrike Glöse, ver.di Mitglied, Diplompsychologin, Nürnberg; Maik Weidenbach, IG Metall Vertrauensmann, Ersatzbetriebsrat Siemens Energy, Nürnberg; Tatjana Sambale, Landesvorstandsmitglied VVN-BdA Bayern; August Ballin, Mitglied des ver.di OVV Nürnberg und weitere Gewerkschaftsmitglieder

über die Grenzen Bayerns hinaus, denn bereits jetzt ist angekündigt,

dass das geplante Gesetz auch in anderen Bundesländern installiert werden soll:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) Tübingen; Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung; Dr. Christof Ostheimer, ver.di-Friedensaktivist Schleswig-Holstein; Alfons Lukas, Mitglied im ver.di-Landesseniorenvorstand Hamburg; Reinhard Schwandt, ver.di Hamburg, Arbeitskreis Frieden; Monika Koops, ver.di-VL, Arbeitskreis Frieden, Hamburg; Andreas Seifert, IMI, Bonn; Andreas Buderus, Mitinitiator von SAGT NEIN zu Militarismus, Krieg und Burgfrieden, Köln; Jürgen Senge, Präsidium ver.di-Bezirk Düssel-Rhein-Wupper; Martina Holzinger, ver.di Mitglied Berlin; Eberhard Enß, Mitglied der GEW Offenbach; Initiator eines Beschlusses der Lehrerschaft der Käthe-Kollwitz-Schule, Offenbach, im Jahr 2011 gegen eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr; dafür Auszeichnung der Schule im Jahr 2013 mit dem Aachener Friedenspreis; Rainer Herth, IG Metall Mitglied, Frankfurt am Main; Werner Siebler, DGB Stadtverband Freiburg; Norbert Heckl, stellv. ver.di-Bezirksvorstand Stuttgart, Bernd Moritz, ver.di, Betriebsratsvorsitzender, Walheim

Rückmeldung – bitte senden an kfg-nein@outlook.de

Name.....

Ort.....

Gewerkschaft/Funktion/Betrieb:

Email/Handy:

Ich unterstütze den Aufruf „Unsere Kinder nicht für ihren Krieg!“ und möchte über weitere Aktivitäten gegen das geplante Kriegsförderungsgesetz informiert zu werden.

Unterstützungskonto:

Kontoverbindung: Gerhard Schmidt DE61 1001 0010 0341 094134, Stichwort: KFG NEIN